

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Karl A. Wittfogel

Die Rote Garde und die
„Lin-Piao-Linie“

Joachim Glaubitz

Chinas Weg in die Krise

Helmut Dahm

Militärpolitische Aspekte
der chinesischen
Kulturrevolution

B 20/67

17. Mai 1967

Karl A. Wittfogel, Dr. phil., Direktor des Forschungsprojektes für chinesische Geschichte an der Washington-Universität in Seattle und Professor für chinesische Geschichte an der Columbia-Universität in New York, geb. 6. September 1896 in Woltersdorf b. Hannover.

Veröffentlichungen u. a.: Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft, 1924; Sun-Yat-sen, 1927; Chinesische Wirtschaft und Gesellschaft, 1931; New Light on Chinese Society, 1938; History of Chinese Society (Hrsg. u. Mitautor), 1949; Oriental Despotism, 1957 (deutsch: Die orientalische Despotie, Köln 1962); in Vorbereitung: China und Rußland (eine Untersuchung des Hintergrundes der gegenwärtigen Krise im kommunistischen China und in den sowjetisch-chinesischen Beziehungen).

Joachim Glaubitz, Dr. phil., Studium des Chinesischen und Japanischen, 1962—65 Leiter des Goethe-Instituts in Tokio, seit 1965 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln.

Helmut Dahm, Dr. phil., Leiter der Forschungsgruppe „Ideologie“ im Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln, sowie Mitglied der Schriftleitung „Ost-Probleme“, Bonn, geb. 1925, Veröffentlichungen: Vladimir Solov'ev und Max Scheler — Versuch einer vergleichenden Interpretation, Mainz 1955; Die Dialektik im Wandel der Sowjetphilosophie, Köln 1963; Mitverfasser der Sammelwerke: Häresien der Zeit, Freiburg—Basel—Wien 1961; Studies in Soviet Thought I, Dordrecht (Holland) 1961; Natural Law Forum VIII, Notre Dame (Indiana) 1963; Das Menschenbild in Ost und West — Vier Studien, Bielefeld 1963; Man and Philosophy — „German Opinion on Problems of Today“ IV, München 1964; Bilanz der Ära Chruschtschow, Stuttgart 1966; Wissenschaft in kommunistischen Ländern, Tübingen 1967; Zeitschriften-Aufsätze über marxistische Philosophie, Ideologie und Militärdoktrin in Deutschland, Österreich, Frankreich, Spanien und den USA.

Herausgeber:

Bundeszentrale für politische Bildung,
53 Bonn/Rhein, Berliner Freiheit 7.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung
DAS PARLAMENT, 2 Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Tel. 34 12 51, nimmt gern entgegen:

Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;

Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung
DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum
Preise von DM 2,— monatlich bei Postzustellung;

Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage
zum Preise von DM 5,50 zuzüglich Verpackungs- und Portokosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Die Rote Garde und die „Lin-Piao-Linie“

Man braucht nicht aus dem „Westen“ zu kommen, um sich über die Unruhen zu wundern, die in jüngster Zeit das kommunistische China erschütterten. Die „Rote Garde“ hatte die chinesischen Städte überflutet, drückte Straßennamen, Geschäften, Häusern, Schulen und Colleges den Stempel einer neuen „Kulturrevolution“ auf und veranstaltete Riesenkundgebungen, von denen die gewaltigste in Peking stattfand, an der Dutzende von hohen kommunistischen Würdenträgern teilnahmen und die von dem Vorsitzenden Mao Tse-tung — der wohlwollend lächelt, aber schweigt — und dem Verteidigungsminister, Lin Piao, der „im Namen des Vorsitzenden Mao und des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei“ spricht, geleitet wurde.

Berichte über diese Massenkundgebungen sind in ganz China und in der ausländischen Presse erschienen. Sie haben über die Bedeutung dieser „Revolution“ für die innenpolitische Lage Rotchinas und seine Beziehungen zu anderen Ländern viele Fragen aufgeworfen und viele Erklärungen veranlaßt.

Drei Tatsachen können mit Leichtigkeit festgestellt werden: 1. Die Riesenkundgebungen, die soviel Publizität erhalten, haben die „Kul-

turrevolution“ nicht hervorgerufen, und die „Rote Garde“ ist erst in einem späteren Stadium dieser neuen „Erhebung“ in Erscheinung getreten; 2. Lin Piao's Aufstieg begann bereits vor Jahren, aber er beschleunigte sich, als die Kulturrevolution Auftrieb erhielt; 3. diese Vorgänge spielten sich unter einem autokratischen Regime ab, und in einem autokratischen Regime muß die Rolle des Autokraten verstanden werden. Mao Tse-tung hat seit 1935 an der Spitze der Chinesischen Kommuni-

Joachim Glaubitz:

Chinas Weg in die Krise S. 12

Helmut Dahm:

**Militärpolitische Aspekte
der chinesischen Kulturrevolution . . S. 22**

stischen Partei gestanden. Seit 1949 ist er der oberste Beherrscher des chinesischen Festlands. Und die Fäden der Macht laufen noch immer in Maos Büro zusammen, ganz gleich, ob er sie selber bewegt oder nicht. Lin Piao's Karriere, die „Kulturrevolution“ und die Rote Garde müssen alle innerhalb dieses Rahmens betrachtet werden.

1. Ist Mao nicht gesund?

Chruschtschow erklärte 1960, daß Mao ein „Verrückter“ sei. Es liegen in der Tat Beweise dafür vor, daß zu dieser Zeit (und früher) Maos Benehmen bereits einen irrationalen Zug aufwies. Die Beweise zeigen ebenfalls, daß die Verschärfung dieses Trends mit der Verschlechterung von Maos physischem Zustand zusammenfiel und möglicherweise zusammenhing.

Mao fühlt sich seit einigen Jahren nicht wohl; und dies hat seine politische Leistungsfähigkeit beeinträchtigt. In den fünfziger Jahren hielt er noch öffentliche Reden, obwohl es selten lange Reden waren. Auf dem Achten Parteikongreß (im September 1956) wurde das politische Hauptreferat von Liu Schao-tsch'i gehalten, der damals allem Anschein nach der Thronerbe war. Und während Mao in der Folge noch einige lange Reden in geschlosse-

nen Sitzungen gehalten hat, wurden die wichtigen öffentlichen Reden von einigen wenigen ihm nahestehenden Menschen gehalten, unter denen die prominentesten Liu Schao-tsch'i, Tschou En-lai und Teng Hsiao-ping waren. Lin Piao hielt zum erstenmal im September 1965 eine derartige Rede.

Hielt Mao es unter seiner Würde, eine Aufgabe zu erfüllen, die Lenin und Stalin sich vorbehalten hatten, solange es ihnen ihre Gesundheit erlaubte? Oder hielt er nicht die strategischen öffentlichen Reden, weil er dazu nicht länger fähig war? Hatte exzessives Kettenrauchen sein Opfer gefordert? Wie dem auch sei, eine ernste Verschlechterung von Maos physischem Zustand scheint in den letzten Jahren stattgefunden zu haben.

Nachdem er von November 1965 bis Mai 1966 nicht in der Öffentlichkeit gesehen worden

war, entstanden Gerüchte über seine schwache Gesundheit, und die Begleitumstände bei seiner vielgepriesenen Schwimmleistung vom 16. Juli 1966 machten die Skeptiker nur noch skeptischer. Auf den letzten Photographien ist sein Blick glasig, sein Körper aufgeschwommen. Und während Berichten zufolge Mao gelegentlich einige Worte gesagt haben soll, hat er keine öffentlichen Reden gehalten. Lächelnd, mit der Hand winkend, Beifall klatschend, steht er neben Lin Piao, der die Worte spricht, die aus dem Munde des höchsten Herrschers des Landes kommen sollten.

2. Maos Stellung ist nicht gesichert

Als Mao 1965 beschloß, daß die wichtigste Erklärung über Pekings globale Politik von Lin Piao und nicht von Liu Schao-tschü, Tschou En-lai oder Teng Hsiao-ping abgegeben werden sollte, wählte er nicht nur einen Genossen aus, der sein Vertrauen genoß, sondern denjenigen, der den kompaktesten Machtapparat im kommunistischen China leitete. Tschous Macht — als Ministerpräsident — war zersplittert. Lius Kontrolle über die Gewerkschaften war schwach; weder ihm noch Teng war es gelungen, die Parteiorganisation ihren persönlichen Zwecken dienstbar zu machen, wie dies Stalin getan hatte, als er Trotzki und andere Rivalen beseitigte. Lin Piao schien 1965 nicht prominenter als andere Spitzenführer zu sein. Seitdem hat er sie alle überflügelt, offensichtlich im Einklang mit Maos Wünschen.

Auf dem Höhepunkt seiner Karriere war Mao imstande, alle entscheidenden Machthebel in seinen Händen zu halten und alle potentiellen Oppositionsnester ohne Schwierigkeit zu zerstören. Aber in den letzten Jahren hat er dies

3. Hai Juis Gespenst: Maos gefährliche Bauernpolitik

Seit den Tagen der Kollektivierung hatte Mao Tse-tung eine Agrarpolitik verfolgt, die die Bauern frustrierte und die Produktion niedrig hielt. Im Januar 1959 war der damalige Verteidigungsminister Peng Te-huai sehr beunruhigt über die Krise auf dem Lande, die mit der Kollektivierung (1954/55) begonnen hatte und ihren Höhepunkt mit der Errichtung der Kommunen (1958) erreichte. Zuverlässigen Berichten zufolge lehnte Peng diese Agrarpolitik entschieden ab. Er wurde aber im August 1959 auf der Plenarsitzung des Zentralkomitees der

Die Verschlechterung von Maos Gesundheit scheint seine Wirksamkeit über das Redehalten hinaus eingeschränkt zu haben. Diese Tatsache, die unter anderen Umständen wenig Bedeutung haben könnte, ist zu einer weiteren Gefahr für sein Regime geworden, das seit Jahren unter ernststen Schwächen gelitten hat. Die Verteidigungsmaßnahmen, die Maos Anhänger ergriffen haben, zeigen, daß sie sich völlig der politischen Bedrohung bewußt sind, die diese Schwächen für Mao und sein Regime darstellen.

anscheinend nicht mehr tun können. In einem autokratischen Staat kann ein starker Herrscher allein regieren. Aber wenn der Herrscher aus dem einen oder anderen Grunde schwach ist und keinen tüchtigen Helfer (Weisir, Kanzler u. ä.) hat, vermögen Leiter wichtiger untergeordneter Machtzentren ihre Kontrolle genügend auszudehnen, um den Herrscher zu stürzen. Dies ist das institutionelle Schema des Staatsstreichs unter den Bedingungen totaler Macht ¹⁾.

Sprecher des Pekinger Regimes beschuldigten 1966 führende Parteimitglieder, einen Staatsstreich geplant zu haben. Diese Behauptung ist bisher nicht bewiesen worden. Aber es mag etwas Wahres daran gewesen sein. Was bekanntgeworden ist, zeigt, daß prominente Parteimitglieder, die die jüngste Politik des Regimes mißbilligten, die Herrschaft über wichtige Sektoren des kommunistischen Machtapparates gewonnen hatten. Sie konzentrierten ihre Kritik hauptsächlich auf zwei strategische Bereiche: das Dorf und die Armee.

Partei in Luschan von Mao und seinen Anhängern geschlagen.

Peng wurde abgesetzt; Lin Piao ersetzte ihn im September 1959. Aber die Agrar-„Schwierigkeiten“ verschwanden nicht. Realistisch eingestellte Parteimitglieder kamen zu der Auffassung, daß Maos Konzessionen an die Bauern völlig ungenügend waren und daß die Agrarkrise nur durch die Rückgabe des

¹⁾ Siehe Wittfogel, Die orientalische Despotie, Köln 1962, S. 148 f., 422.

Landes an die Bauern und die Wiederherstellung der bäuerlichen Familienwirtschaft überwunden werden konnte.

Pekings Führer datieren heute den Beginn der „proletarischen Kulturrevolution“ von November 1965 an, als ein Schanghai-er Literaturkritiker den stellvertretenden Bürgermeister von Peking, Wu Han, verurteilte, weil er die Agrarpolitik des Regimes in einem Drama, das den Titel „Hai Jui wird seines Amtes enthoben“ trug und Anfang 1961 aufgeführt worden war, angegriffen hatte.

Wu Han hatte bereits vorher in einer Erzählung Hai Jui, einen Beamten des 16. Jahrhunderts, gepriesen, weil er schlechte Regierungspraktiken und ungerechte Beamte bekämpft hatte. Diese Erzählung war am 16. Juni 1959 veröffentlicht worden, einige Wochen vor der Konferenz in Luschan, auf der Peng Te-huai für eine radikale Änderung der Agrarpolitik eintrat. Wenige Wochen nach dieser Konferenz schrieb Wu einen Artikel, in dem er Hai Juis Bemühungen um die „Rückgabe des Landes an das Volk“, das heißt die Bauern, denen man es rücksichtslos geraubt hatte, ausdrücklich erwähnte. Wu Han fügte hinzu, daß „einige Leute von sich selber als Hai Juis und als zur ‚Opposition‘ gehörend sprechen“.

Aber während sich Wu in diesem Artikel demonstrativ von den „Rechten“ distanzierte, lieferte er ihnen bald neue Munition mit seinem

Drama „Hai Jui wird seines Amtes enthoben“, das Hais Kampf gegen die Tyrannei und für die Rückgabe des Landes verherrlichte. Wu Han gab im Dezember 1965 nach heftigen Angriffen auf ihn zu, daß die politischen Auswirkungen seines Dramas „sehr schlecht und ernst“ gewesen seien, weil 1961, als es zuerst aufgeführt worden war, der „Wind der individuellen Bauernwirtschaft“ geweht habe und sich laute Stimmen erhoben hätten für ein „Wiederaufnahmeverfahren in den Fällen, wo Fehlurteile gefällt worden waren“, für die „Wiedergutmachung von Unrecht“ und für die „Rückgabe des Landes“²⁾.

Was der historische Hai Jui erreicht hatte, war bescheiden. Die Wiederherstellung des bäuerlichen Eigentums, die er durchsetzte, hatte nur eine oberflächliche Ähnlichkeit mit der Umwandlung des Kollektivlandes in private Bauernstellen. Aber Hai Jui hatte für die Rückgabe des Landes gekämpft. Im China der Nachkommunen-Zeit war diese Tatsache höchst bedeutsam.

Hai Juis Gespenst geistert noch immer über Maos China, eine grimme Erinnerung daran, daß es eine schleichende Krise auf dem Lande gibt und daß politisch wichtige Persönlichkeiten sie auf „Hai Juis Weise“ überwinden möchten.

4. Die Bedeutung des Sturzes von Lo Jui-tschung: Maos gefährliche Armeepolitik

Ein anderes Angriffsobjekt der „rechten“ Opposition ist die Art, wie Mao die Armee aufgebaut und eingesetzt hat. Wie das wirtschaftliche Hauptproblem, dem sie verwandt ist, ist auch diese Frage mit schweren Konsequenzen verknüpft. Sie berührt in der Tat die Sicherheit des Regimes so unmittelbar, daß sie nur von hohen kommunistischen Würdenträgern erwähnt wird, welche spezifische Erklärungen über die mangelhafte Ausrüstung und Ausbildung oder die nachteiligen Auswirkungen der schlechten Verhältnisse auf dem Lande auf die Moral der Soldaten sorgfältig vermeiden.

Ein Stoß von 29 zwischen dem 1. Januar und 26. August 1961 verteilten vertraulichen militärischen Bulletins, die in amerikanische Hände fielen, zeigt deutlich, daß diese Würdenträger die Probleme, um die es ging, sehr wohl verstanden hatten. Der Verteidigungsminister Lin Piao erwähnte sie jedoch nur nebenbei; er beschäftigte sich in der Hauptsache

mit der Indoktrinierung der Soldaten mit der „Lehre von Mao Tse-tung“.

Wie Lin, so erwies auch sein Stabschef Lo Jui-tschung Maos Lehre servile Reverenz, und er pries ebenfalls Lin Piao's Handhabung der Armee. Anfang der sechziger Jahre sagte Lo noch nicht, nach dem Armeebulletin zu urteilen, was Peng Te-huai im geschlossenen Parteikreis unmittelbar vor seiner Absetzung gesagt hatte. Aber er erklärte ganz deutlich, daß die Armee nicht das sei, was sie eigentlich sein sollte. Nach einer Inspektionsreise berichtete er, daß die Moral der Armee infolge der „Zustände in den Heimen vieler Soldaten“ gesunken sei. Nachdem er das Fehlen einer „fröhlichen, forschenden Stimmung“ bedauert hatte, kam er zu folgender Schlußfolgerung: „Eine Armee, deren Angehörige mit gerunzelter Stirn und unglücklichem Gesicht und von

²⁾ Jen-min Jih-pao vom 30. Dezember 1965.

schwerer Sorge bedrückt herumgehen, kann keine Kampfkraft besitzen.“³⁾

Peng Ten-huai wollte selbstverständlich nie, daß die Armee entpolitisiert würde. Er war ein Kommunist und wollte eine kommunistische Armee haben. Aber er wollte ebenfalls eine verlässliche, kampffähige Armee haben. Pekings Behauptung, daß Peng im Namen einer starken Verteidigung eine „bürgerliche“ Militärpolitik förderte, ist genauso entstellt wie die Behauptung, daß diejenigen, die die Rückgabe des Landes an die Bauern forderten, den Kapitalismus wiederherzustellen hofften.

Aber es ist nicht überraschend, daß das Regime diese Behauptungen aufstellte, um Peng politisch zu diskreditieren, noch ist es überraschend, daß es sie wiederholte, um Lo Juitsching und seine engen Mitarbeiter nach Los Verschwinden aus den Augen der Öffentlichkeit im November 1965 zu diskreditieren (er wurde erst Mitte Sommer 1966 offiziell durch einen neuen Stabschef ersetzt).

Auch von Lo wurde behauptet, er habe eine „bürgerliche“ statt eine „proletarische“ Ar-

mee aufzubauen versucht, die nicht nur eine Streitmacht ist, sondern auch studiert, sich mit Landwirtschaft beschäftigt, Fabriken betreibt und Massenarbeit leistet⁴⁾. „Bürgerliche“ Militärführer waren im Stande, ihre Posten so lange zu bekleiden, weil ihre demonstrativ zur Schau getragene Loyalität ihren Kampf gegen Maos Politik verbarg.

Hatten Lo und seine Freunde tatsächlich geplant, die Kontrolle über die Armee zu gewinnen? Sie mögen dies erwogen haben, falls die Dinge sich nicht besserten, und wahrscheinlich hatten sie Verbündete in nichtmilitärischen Parteikreisen. Offizielle Quellen behaupteten, daß sowohl die Armee als auch hohe nichtmilitärische Parteimitglieder einen Staatsstreich planten, durch den die „bürgerlichen“ Revisionisten die maoistische Führung ersetzen würden. Das Zentrum dieser Verschwörungspläne war zweifellos das Pekinger Parteikomitee, dessen Vorsitzender, Peng Tschen, einer der engsten Kampfgefährten Maos bis 1965 gewesen war.

5. Das Pekinger Parteikomitee: die Gefahr eines Anti-Mao-Zentrums

In der Sowjetunion erlangten zwei regionale Parteiorganisationen zeitweilig eine überraschende Bedeutung: die Leningrader und die Moskauer. Das Pekinger Parteikomitee kombinierte in sich die Bedeutung beider. Aber es war wie das Moskauer Komitee erstlich dadurch behindert, daß sein Sitz ebenfalls der Sitz der Zentrale der Gesamtpartei und der politischen Polizei war.

Wie konnte dann Peng Tschen so viel Macht ausüben? Peng hatte in den dreißiger Jahren zusammen mit Liu Schao-tschü gefährliche Parteiarbeit geleistet. Die aus jener Zeit datierende Freundschaft war ihm Ende der fünfziger und Anfang der sechziger Jahre gut zu stehen gekommen, als er versteckte Angriffe auf Maos Politik duldete und vielleicht sogar ermutigte. Diese Freundschaft erklärt weitgehend, warum Peng Tschen so lange unbehelligt blieb. Sie erklärt auch — wenigstens teilweise —, warum Liu Schao-tschü 1965, in dem Jahr, in dem Mitglieder des Pekinger Komitees offen angegriffen wurden, aufhörte, Maos bevorzugter Mitarbeiter zu sein.

Dieses Komitee hatte bereits 1958/59 Leuten mit „rechten“ Neigungen Zuflucht geboten.

³⁾ Tätigkeitsbericht 1961, Nr. 7. Siehe: „The Politics of the Chinese Army“, Veröffentlichungen der Hoover-Institution, 1966, S. 203.

Wie bereits erwähnt, war Wu Han stellvertretender Bürgermeister von Peking, als er über Hai Jui zu schreiben begann. Teng To schloß sich Pengs Kreis 1958 an, im Jahre des „Großen Sprungs“ und der Kommunen, nachdem er seinen Posten als Chefredakteur des Zentralorgans der Partei, „Jen-min Jih-pao“, verloren hatte. Von 1958 an war Teng ebenfalls der Redakteur der lokalen Halbmonatszeitschrift „Frontlinie“; er schrieb eine Anzahl satirischer Essays, die später wegen ihrer „giftigen“ Anspielungen scharf angegriffen wurden. In einem 1961 veröffentlichten Artikel machte sich Teng To über die Leute lustig, die, nachdem sie ihr Denkvermögen verloren haben, „dumm und verrückt“ zu sein scheinen.

Subversive Ideen? Die Redakteure der führenden Tageszeitungen des kommunistischen China glaubten es, als sie am 8. und 9. Mai die Formel „dumm und verrückt“ unter ihren Beweisen für Tengs Feindseligkeit gegenüber der Partei und dem Sozialismus anführten. Lang gehegte Ideen? Die maoistischen Getreuen glaubten es, da sie sie bis zu den Jahren 1960/61 und in Wu Hans Fall bis zum Jahre 1959 zurückverfolgten und dazu bemerkten, daß diese Übeltäter schon viel früher

⁴⁾ Tageszeitung der Befreiungsarmee vom 1. August 1966.

hätten entlarvt werden müssen. Politisch gestützte und orientierte Ideen? Maoistische Kritiker erklärten 1966, daß Teng, Wu und ihresgleichen zu dem revisionistischen „Königreich“ gehörten, das sich um das Peking-Partei-Komitee herum entwickelt habe. Sie warnen, daß dieses Königreich tief verwurzelt und weit verzweigt sei.

Im November 1965 wurde Wu diskreditiert (wie jetzt erklärt wird: „unter Maos persönlicher Führung“). Am 8. Mai 1966 (zur selben Zeit, da Mao wieder in der Öffentlichkeit erschien) wurden Teng To und anderes „giftiges Unkraut“ gebrandmarkt. Ende Mai wurde Peng Tschien aus dem Amt entfernt (ein neuer Bürgermeister von Peking wurde am 3. Juni ernannt). Aber nach Ansicht der Säuberer hatten diese Maßnahmen nicht das Anti-Mao-Königreich zerstört. Gab es einen Meisterkopf hinter den Kulissen, einen gefährlicheren „Monarchen“ als der scheinbare „König“, Peng Tschien?

Den Maoisten zufolge gab es ein sich über das ganze Land erstreckendes Netz von Personen, die mit Peng sympathisierten, Personen, die beherrschende Stellungen in der Partei und Re-

gierung sowie im Erziehungswesen und in Literatur und Kunst bekleideten. Zu diesen Personen gehörten der Leiter des Propagandabüros der Partei und der Erziehungsminister. Ein derartiges Netz stellte in der Tat eine Gefahr für Mao und sein Regime dar. Durch hohe Parteikader in den Universitäten und Colleges konnten revisionistische Ideen vielen politischen Aktivisten in der akademischen Welt, Lehrern wie Studenten, übermittelt werden, und dies war offensichtlich auch geschehen.

Wer konnte nun den Angriff auf diese weitverbreitete Verschwörung gegen Maos Politik wirksam führen? Welche Massenkräfte konnten zu diesem Zweck mobilisiert werden? Die Antwort auf die erste Frage ist einfach. Seit 1965 war Lin Piao Maos Vordermann gewesen. Die Antwort auf die zweite Frage ist komplizierter. Die wichtigste, sicherste Unterstützung kam natürlich von der Armee, die Lins direktes Werkzeug war. Die Maoisten konnten sich offenbar auch auf die Sicherheitsorgane und auf einige (aber keineswegs alle) strategisch plazierte Parteisekretäre verlassen. Aber sie mobilisierten außerdem noch eine neue Massenorganisation junger Kämpfer, die „Rote Garde“.

6. Lin Piao

Der Aufstieg Lin Piao zur Spitze der chinesischen kommunistischen Hierarchie ist faszinierend, ob er nun siegen oder untergehen mag. Seit Ende der zwanziger Jahre gehörte er zu den Freunden Maos. Das waren aber andere auch. Im Krieg gegen Japan und im Bürgerkrieg gegen die Nationalisten hatte er sich ausgezeichnet. Das hatten andere auch getan. Die Ursache seines Aufstieges ist eine andere. Man sagt von Lin, er habe sich 1958, in dem Jahr, in dem die Kommunen geschaffen wurden, in den Auseinandersetzungen mit Verteidigungsminister Peng Te-huai auf die Seite Maos gestellt. Und er unterstützte demonstrativ Mao, als es im Jahre 1959 durch die Kommunen verursacht zu Hungersnöten kam. Durch beides hat sich Lin nicht nur an eine Person gebunden, sondern an eine politische Linie, eine Linie, die eine riskante Armee- und Bauernpolitik und eine gewagte und gefährliche internationale Politik einschloß.

Die gewagte internationale Politik wurde in dem vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas am 14. Juni 1963 herausgegebenen Dokument „Ein Vorschlag zur Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung“ niedergelegt. Dieses Datum

ist nicht ohne Bedeutung. 1963 wurde das Peking-Regime noch eindeutig von Mao geführt, und Lin Piao rangierte noch hinter Liu Schao-tschü und Tschou En-lai. So blieb es auch bis zum Frühjahr oder Sommer 1965. Dann traten aber einige wichtige Veränderungen ein. Am 3. September veröffentlichte Lin den Artikel: „Es lebe der Sieg im Volkskrieg“. Der „Volkskrieg“, den er meinte, war der revolutionäre Kampf vieler unterentwickelter Agrarländer gegen die „imperialistischen“ Industrieländer. In seinem Artikel vertrat Lin die Ansicht, die Ereignisse der letzten Jahre würden es dem „Weltdorf“ ermöglichen, die „Weltstadt“ zu erobern. Das war dieselbe Strategie, die Mao so erfolgreich während des Kampfes um die Macht in China angewandt hatte. Diese Strategie könne unter den neuen Gegebenheiten nun weltweit angewandt werden.

In dieser Weltstrategie sind die Befreiungskriege die entscheidende Form des revolutionären Kampfes. Die sowjetischen Führer, die ihre Politik der friedlichen Koexistenz über alle anderen Erwägungen stellten, wurden heftig (und demagogisch) angegriffen, weil sie überhaupt kein Verständnis für die Befreiungskriege zeigten.

Die chinesische Auffassung wurde von Lin in seinem Artikel vom 3. September 1965 eindrucksvoll dargelegt. Aber war Lin der Vater dieser Idee? Viele Beobachter glauben dies, und daher finden wir oft Hinweise auf die „Lin-Piao-Linie“. Richtig beantwortet werden kann diese Frage aber nur, wenn man zu diesem Komplex gehörende Erklärungen, die vor September 1965 abgegeben wurden, untersucht — unter ihnen und von größter Wichtigkeit der obengenannte „Vorschlag“ des Zentralkomitees der Chinesischen Kommunistischen Partei vom 14. Juni 1963.

Lins Artikel hat die in dem „Vorschlag“ vorgebrachten strategischen Überlegungen durch die Einführung der Begriffe „Weltstadt“ und „Weltdorf“ bereichert. Diese Begriffe sind an sich nicht neu. Sie sind bereits von dem jungen Lenin benutzt worden. Sie sind auch, in etwas anderem Sinne, von Bucharin verwendet worden, vor allem 1926 und 1927, als er der Vorsitzende der Kommunistischen Internationale war. 1965 hat sie Lin in einem wiederum neuen Sinne gebraucht, nämlich in Verbindung mit dem neuen strategischen Begriff des Volkskrieges. Dieser Begriff wurde aber, wie bereits oben festgestellt, vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas unter Führung von Mao geprägt, als Lin Piao

7. Die Rote Garde

Diese Umstände genügten, um aus Lin den neuen Kronprinzen zu machen. Das reichte jedoch nicht aus, um die vielen „Rechten“, die den Sturz von Jui-tsching und Peng Tschen überlebt hatten, auszuschalten. Lins Aufstieg sicherte der Mao-Lin-Gruppe auch nicht automatisch die Loyalität aller Zweige des Partei- und Staatsapparates.

Der Versuch, diese beiden ernststen Probleme zu lösen, hat zu den spektakulären Ereignissen geführt, die die ganze Welt vor Rätsel stellen. War die Mao-Lin-Gruppe zu ungeduldig, um sich jener schleichenden und halblegalen Methoden zu bedienen, mit denen Stalin so geschickt alle seine offenen und heimlichen Feinde zur Strecke gebracht hatte? Oder war die Methode der Mobilisierung der Massen, die Mao bereits vorher so wirksam gefunden hat, erfolversprechender? Auf jeden Fall entschlossen sich die Strategen der Mao-Lin-Gruppe, zur Niederrichtung ihrer Gegner sich der neuen Massenbewegung der „Roten Garden“ zu bedienen. Ihre Entstehungsgeschichte wird uns helfen, ihren Charakter und ihr Vorgehen zu verstehen.

noch nicht zu den engsten Mitarbeitern Maos zählte. Lin ist daher eifrig bemüht gewesen, sein wichtigstes Argument auf den Beschluß des Zentralkomitees von 1963 zu stützen. So wie es das Zentralkomitee damals tat, so stellte auch Lin 1965 die wachsende Bedeutung der revolutionären Bewegung in Asien, Afrika und Südamerika heraus. Und er wiederholte wortwörtlich den Kernsatz des „Vorschlags“, daß heute „das Schicksal des internationalen proletarischen Kampfes vom Ausgang der revolutionären Kämpfe der Völker dieser Gebiete, die die überwältigende Mehrheit der Weltbevölkerung stellen, abhängig ist.“

Daraus folgt, daß die angebliche „Lin-Piao-Linie“ von 1965 im wesentlichen die von Mao im Juni 1963 verkündete „Generallinie“ war. Mao handelte überlegt und folgerichtig, als er die Fortentwicklung der Generallinie Lin übertrug, von dem, nachdem er seine Innenpolitik rückhaltlos unterstützt hatte, erwartet werden konnte, daß er auch die internationale Politik Maos rückhaltlos unterstützen werde. Dieses Vertrauen war gerechtfertigt. Lin identifizierte sich vollkommen mit der zweiseitigen Politik Maos. Verständlicherweise wurde er Maos engster Kampfgefährte und sein erster Stellvertreter.

Entstehung: Die Forderung nach radikalen Reformen und einer Kulturrevolution tauchte schon lange vor 1966 auf. 1966 wurde sie aber mit besonderem Nachdruck erhoben. Die Pro-Mao-Führer wandten sich zunächst hauptsächlich an die „gesinnungstreuen“ Intellektuellen, Universitätsprofessoren, Lehrer und Studenten. Im Juni 1966 begann man jedoch, sich auf andere Gruppen zu konzentrieren, möglicherweise, weil man eine gefährliche „partei-feindliche“ Haltung unter den Studenten festgestellt hatte. Man nahm an, daß die Oberschulen vom „partei-feindlichen“ Gift noch nicht zersetzt worden seien. Die offene und oft brutale Verfolgung der Gegner wurde von den Strategen der Mao-Lin-Gruppe daher in erster Linie den Schülern der oberen Klassen der Oberschulen und anderen Jugendlichen in etwa dem gleichen Alter anvertraut.

Der Begriff „Rote Garden“ soll zuerst im Juni 1966 auf die Schüler einer zur Tsinghua-Universität gehörenden Mittelschule angewandt worden sein, zu einem Zeitpunkt, zu dem die Regierung alle höheren Schulen schloß und Neueinschulungen auf die Dauer von sechs

Monaten untersagte. Angeblich war dies durch die „proletarische“ Reorganisation des höheren Schulwesens, die in der Tat ein integraler Teil der „proletarischen Kulturrevolution“ von Mao ist, notwendig geworden. Aber nach der Entbindung dieser jungen Menschen von ihren Schulpflichten war es einfach, sie zur Teilnahme an der revolutionären Tätigkeit zum Ruhme Maos zu bewegen. Nachdem ihnen in der ersten Hälfte des Sommers von 1966 erlaubt worden war zu „kämpfen“, erließ das Zentralkomitee der Partei am 8. August einen aus 16 Punkten bestehenden „Beschuß über die große proletarische Kulturrevolution“. Auf einer Massenkundgebung am 18. August wurden die jungen Kämpfer offiziell als „Rote Garde“ anerkannt. Um ihnen einen amtlichen Anstrich zu geben, erhielten sie Armbinden mit dieser Aufschrift.

Sozialer Charakter: Eine proletarische Kulturrevolution sollte sich, wenn irgend möglich, auf die Arbeiterklasse stützen. Nach den Lehren Lenins können aber Nichtproletarier die Führung übernehmen, wenn nicht genügend Arbeiter zur Verfügung stehen oder wenn der Arbeiterschaft das politische Bewußtsein fehlt. Angeblich stellen in der neuen „proletarischen“ Revolution Pekings Arbeiter und andere Werkstätige die Hauptmacht. In dem „Beschuß“ vom 8. August heißt es: „Die Masse der Arbeiter, Bauern, Soldaten, Intellektuellen und der revolutionären Kader sind die Hauptmacht dieser großen Kulturrevolution“ (Punkt 2). Der offene Kampf sollte jedoch durch die „jungen Revolutionäre“ geführt werden (Punkt 2). Diese „Wegbereiter“, wie sie genannt werden, sind gesellschaftspolitisch eine undefinierbare „Masse“. Sie treten in „kulturrevolutionären Gruppen, Komitees und anderen Organisationsformen auf, die durch die Massen in vielen Schulen und anderen Einrichtungen gebildet wurden“. Sie sollen „hauptsächlich aus Vertretern der revolutionären Studenten bestehen“. Aber, und dieser Punkt gewinnt heute immer mehr Bedeutung, es heißt auch, daß die neuen kulturrevolutionären Organisationen „nicht nur für Universitäten, Schulen und andere Organisationen, sondern ganz allgemein auch für *Fabriken, Bergwerke, andere Unternehmen und Dörfer geeignet sind*“ (Punkt 9; vom Verf. hervorgehoben).

Ziele: Der Tätigkeitsbereich der „Roten Garden“ ist vielfältiger, als es die Formel „Kulturrevolution“ vermuten läßt. Es gibt tatsächlich ein kulturelles Ziel, das nicht übersehen werden sollte. Aber das Hauptziel ist unzweifelhaft politisch: Der eigentliche Sinn der „großen proletarischen Kulturrevolution“ ist, „jene

sich im Amt befindenden Personen zu bekämpfen und zerschmettern, die den kapitalistischen Weg eingeschlagen haben“ (Punkt 1). Das wird noch folgendermaßen präzisiert: „Konzentriert alle Kraft zum Schlag gegen die Handvoll von ultrareaktionären, brügerlichen Rechten und gegenrevolutionären Revisionisten, enthüllt und kritisiert ihre Verbrechen gegen die Partei, gegen den Sozialismus und gegen die Gedanken Mao Tse-tungs“ (Punkt 5).

Wer sagt den jungen Revolutionären, wie sie diese Verbrecher gegen die Partei identifizieren sollen? Natürlich die Partei. Ihre sogenannte Massenerziehung erhalten sie „unter der Führung der kommunistischen Partei“ (Punkt 9). In der Tat verlangt das Zentralkomitee „von den Parteikomitees auf allen Ebenen“, daß sie die „richtige Führung“ bei der Mobilisierung der Massen und bei der Entscheidung, wie die einzelnen politischen Angriffsobjekte behandelt werden sollen, übernehmen (Punkt 3).

Aus naheliegenden Gründen erwähnt der „Beschuß“ nicht ausdrücklich die Parteimitglieder in der Armee. Aber die Erfahrung zeigt, daß die Genossen in Uniform die Führung übernehmen, wo immer die zivilen Genossen als nicht vertrauenswürdig betrachtet werden.

Aufgaben: Die „partei feindlichen antisozialistischen Rechten“ müssen zerschmettert werden. Jene, die nur „etwas Falsches gesagt oder getan haben, schlechte Artikel oder andere schlechte Werke geschrieben haben“, müssen anders behandelt werden. Die Parteiführung muß sich „fest auf die revolutionäre Linke“ stützen. Die reaktionären Rechten müssen völlig isoliert werden. „Die Mitte muß gewonnen und auf die Seite der großen Mehrheit gezogen werden, so daß nach Beendigung des Kampfes über 95 Prozent der Kader und über 95 Prozent der Massen auf unserer Seite stehen“ (Punkt 5).

Methoden: Die Methoden, die dabei angewandt werden, müssen hart sein. „Habt keine Angst vor Unruhen. Vorsitzender Mao hat uns oft gesagt, daß eine Revolution nicht sehr vornehm, sanft, gemäßigt, nett, höflich, zurückhaltend und großmütig sein kann.“ Personen, die eine „schwarze“ Vergangenheit haben, müssen rauh angepackt werden. Die öffentlichen Demütigungen und die vielen Morde und Selbstmorde, die berichtet worden sind, sind das logische Ergebnis dieser Direktiven.

Aber jene Personen, die zu der großen Gruppe der „Mitläufer“ gehören — in der kommunistischen Terminologie die „Grauen“ —, müssen anders behandelt werden. Genossen, die

bereit sind, ihre Fehler einzugestehen, müssen dazu mit Kritik ermuntert werden. Debatten mit ihnen sollen „mit logischer Argumentation und nicht unter Anwendung von Zwang oder Gewalt geführt werden“ (Punkt 6). Gewisse Personen von hohem Rang, wie Madame Sun Yat-sen und Tschou En-lai, wurden zwar „aus erzieherischen Gründen“ verwahrt, treten aber weiterhin als prominente Mitglieder der Hierarchie auf.

Die „graue“ Behandlung solcher „grauen“ Elemente erfolgt also nicht, weil die Führer zögern, sondern weil sie überzeugt sind, daß ein gelegentlicher Schlag auf die Wange genügt, solche Elemente zur Generallinie zu-

rückzuführen. Dabei liegen die Grenzen nicht immer fest. Und sicherlich machen die Roten Garden und ihre Mentoren auch Fehler. Vor allem erklärt die „graue“ Behandlung nicht die Situation von Liu Schao-tschi und Teng Hiao-ping, die offensichtlich unter eine andere Kategorie fallen.

Wie dem auch sein mag, Kenntnis von der „grauen“ Zone sollte uns davon abhalten, die Politik der Mao-Lin-Gruppe zu simplifiziert zu sehen. Erstens hat diese Politik zwei Hauptziele, und zweitens liegt ihr, trotz ihrer irrationalen Züge, ein ganz bestimmtes Programm und eine ganz bestimmte Richtung zugrunde.

8. Die wirkliche Bedeutung der Mao-Lin-Linie

Wir können hier nicht die irrationalen Züge von Maos „proletarischer Kulturrevolution“ behandeln. Die vielen Exzesse haben den irrationalen Trend, der die Innen- und Außenpolitik Pekings seit Mitte der fünfziger Jahre kennzeichnet, weiter verstärkt. Dieser Trend ist es auch, der Maos Regime nicht nur von der nichtkommunistischen Welt, sondern auch von großen Teilen der kommunistischen Welt, und vor allem von der UdSSR, unterscheidet.

Auf innenpolitischem Gebiet ist Maos Agrarpolitik durch die erheblichen Konzessionen gemildert worden, die den Bauern zugestanden werden mußten, als die katastrophalen Folgen der Kommunen offensichtlich wurden. Obwohl die Lage seit 1962 besser geworden ist, ist Peking noch immer gezwungen, Lebensmittel zu rationieren und Getreide einzuführen. Es hat noch immer nicht den Mangel an Arbeitskräften überwunden, der die chinesische Landwirtschaft seit der Kollektivierung erheblich behindert hat.

Wichtige Teile der derzeitigen „Reform des Erziehungswesens“ sind offensichtlich dazu bestimmt, der Landwirtschaft neue Arbeitskräfte zuzuführen. Nach Punkt 10 des „Beschlusses“ vom 8. August soll die „Dauer des Schulbesuchs verkürzt“ werden. Und während dieser kürzeren Dauer sollen die Schüler nur einen Teil ihrer Zeit dem Lernen widmen. Die übrige Zeit soll für „Arbeit in der Industrie, in der Landwirtschaft und für die militärische Ausbildung“ verwendet werden. Diese Politik wird unter dem Schlagwort „Zur Hälfte Schule — Zur Hälfte Arbeit“ verwirklicht. Dadurch erhält natürlich die Landwirtschaft mehr Arbeitskräfte, die Industrie mehr Lehrlinge. So wie es geplant ist, wird aber das Studium in der

Schule erheblich darunter leiden. Das schafft wiederum Hindernisse für die Ausbildung qualifizierter Fachkräfte.

Die „Schwierigkeiten“ auf dem flachen Lande hatten, wie bereits erwähnt, seit den fünfziger Jahren nachteilige Auswirkungen auf die Ausbildung und die Moral der Armee. Im August 1966 wiederholte die chinesische Befreiungsarmee die Aufforderung, daß sich die Soldaten an „produktiver Arbeit“, vor allem in der Landwirtschaft, beteiligen sollten. Dieses System, das bereits seit zehn Jahren betrieben wird, unterstreicht die Dauerkrise in der Landwirtschaft. Das erklärt auch zum Teil, warum Peking so zögert, sich selbst in einen kleinen, lokal begrenzten Krieg einzulassen (Beweis ist der Abbruch des Grenzkrieges mit Indien) und warum es bis jetzt die Vietcong nur begrenzt unterstützt hat.

Die Kreml-Herrscher, die viele Möglichkeiten haben, sich ein Bild von der Lage im kommunistischen China zu machen, zeigen sich von der militärischen Macht Pekings wenig beeindruckt, wie Chruschtschows deutliche — vielleicht zu deutliche — Bemerkungen gezeigt haben. Trotz einiger Truppenbewegungen an der Grenze mit China haben sie wenig Grund, ihre Ansicht zu ändern. Pekings atomare Erfolge mögen einigen der engsten Nachbarn einen Schrecken einjagen. Für die Wirtschaft Chinas stellen sie aber eine gewaltige Belastung dar. Sie machen aus China keine Atommacht. Der Gedanke, daß das kommunistische China die Sowjetunion in einen ernstesten bewaffneten Konflikt verwickeln könnte, ist sowohl vom Technischen wie vom Politischen her absurd. Nur ein total verrückter Mao oder ein ebenso verrückter Nachfolger würde einen Krieg anzetteln, der sehr

wohl das Ende der maoistischen Herrschaft bringen könnte.

Es ist völlig unrealistisch, die innenpolitischen Auswirkungen der Mao-Lin-Linie zu übersehen oder zu erwarten, daß Moskau sich dem Westen annähert, weil es sich durch die militärische Stärke Pekings bedroht fühlt. Es ist ebenso unrealistisch, die außenpolitischen Konsequenzen der Mao-Lin-Linie — Pekings Entschlossenheit, Befreiungskriege in den Entwicklungsländern Südasiens, Afrikas und Südamerikas auszulösen — außer acht zu lassen. Die Tatsache, daß in vielen Fällen der chinesische Einfluß durch sowjetischen Einfluß abgelöst worden ist, hat die maoistischen Führer nicht veranlaßt, auf die Verfolgung dieses Hauptziels ihrer globalen Politik zu verzichten. Die Tatsache, daß in Indonesien ihre Parteigänger vernichtet wurden, hat offensichtlich nur ihre Entschlossenheit verstärkt, den Krieg in Vietnam in Gang zu halten. Ein Waffenstillstand, der den Krieg unentschieden ließe, würde es den Kommunisten nur ermöglichen, überall in Südostasien „Befreiungskriege“ auszulösen und Pekings Aktion „Ausbluten und Schwächen“ in noch größerem Maßstabe fortzuführen.

Wir sollten auch nicht erwarten, daß die Aktion „Ausbluten und Schwächen“ dann aufhört, wenn die gegenwärtigen Machthaber des kommunistischen China schließlich stürzen sollten. Im Augenblick sind sie dabei, ihre Kontrolle über die regionalen Parteikomitees und durch diese über die staatlichen Verwaltungsorgane zu verstärken. Offensichtlich beherrschen sie auch die ausschlaggebenden Massenmedien. Ihre überlegene strategische Position kann der Sieg ihrer politischen Linie bedeuten. Aber falls sie siegen sollten, werden die ungelösten inneren Schwierigkeiten zu neuen Versuchen ermutigen, sie zu stürzen. Sollte aber die „revisionsistische“ Opposition siegen, wird es höchstwahrscheinlich einschneidende Änderungen in der Innenpolitik und, früher oder später, eine Wiederherstellung guter Beziehungen mit Moskau geben.

Sollte dies eintreten, so würde die Industrialisierung Chinas erneut durch sowjetische Fachleute und sowjetische Kredite beschleunigt werden. Allerdings zu einem Preis: der Unterordnung Chinas unter die Sowjetunion. Moskaus Herrschaft über das kommunistische

Lager, so lose diese auch organisiert sein mag, wäre dann wieder unbestritten.

Durch die Sowjetunion besitzt dieses Lager eine Waffe, die sich in China noch im ersten Entwicklungsstadium befindet: eine erstklassige nukleare Bewaffnung, die jede Möglichkeit für einen atomaren Überraschungsangriff und für atomare Erpressung bietet. Der Besitz dieser Waffe vervielfacht die Wirkung zweier anderer Waffen im kommunistischen Arsenal: neuer ideologischer Argumente und neuer Formen des Befreiungskrieges.

Die ideologische Auseinandersetzung mit dem Kommunismus rührt an Probleme solchen Ausmaßes, daß man sich auf die Erwähnung eines einzigen beschränken kann. Während die maoistischen Chinesen sich heute scheuen, ausländische Intellektuelle und Meinungsbildner in ihrem Sinne zu beeinflussen, setzen sich die Ideologen Moskaus und ihre intellektuellen Mitläufer und Freunde mehr und mehr in einer freien Welt durch, die ihrer Ideen und Werte immer unsicherer wird. In einem Augenblick, da das Scheitern von Kerngedanken der kommunistischen Lehre (Auffassungen, die den russischen „Sozialismus“, die Bürokratie als herrschende Klasse und die leninistische These vom Imperialismus betreffen) die Tür zu einem Durchbruch an der ideologischen Front geöffnet hat, mißachten unsere politischen Sachverständigen (und Meinungsbildner) diese Möglichkeit, weil sie das große Erbe unserer Ideen mißachten, auf die sich ein solcher Durchbruch stützen müßte.

Unwissenheit ist kein Argument. Auch Selbsttäuschung ist keines. Der Glaube, daß die sowjetische Form des Befreiungskrieges weniger gefährlich wäre als der maoistische Typ, wird durch das Verhalten der Sowjetunion zum Beispiel im Nahen Osten und in Südamerika widerlegt. Moskaus Rolle bei den jüngsten Ereignissen im Nahen Osten ist bezeichnend, seine Rolle in Südamerika noch aufschlußreicher. Die sowjetischen Delegierten bei der sogenannten Konferenz der drei Kontinente in Havanna im Januar 1966 vermieden die Terminologie und das Geschrei der Maoisten, während sie sich für die maoistische Methode des Partisanenkrieges einsetzten. Ihr Verhalten ist kennzeichnend für eine Weltpolitik, die unter dem Deckmantel der „friedlichen Koexistenz“ auf eine Unterminierung der freien „Weltstadt“ durch Durchdringung und Unterwanderung des unterentwickelten und ruhelosen „Weltdorfes“ abzielt.

Chinas Weg in die Krise

Das Vorspiel

Anfang 1966 erhielt der Leser der chinesischen Presse den Eindruck, daß die Parteiführung in Peking mit der Intelligenzia des Landes sehr unzufrieden ist. Das war an sich nichts Bemerkenswertes. Diese Unzufriedenheit besteht ja allenthalben und nicht nur in kommunistisch regierten Ländern. China bildete also keine Ausnahme, zumal die Auseinandersetzung der Parteiführung mit ihren intellektuellen Kritikern — selbst in den eigenen Reihen — sich bis in die ersten Jahre der kommunistischen Herrschaft zurückverfolgen läßt.

So wurde die seit Mitte 1964 zu beobachtende wachsende Kritik an der chinesischen Intelligenz von den China-Beobachtern als eine der üblichen Auseinandersetzungen zwischen der Parteiführung und einzelnen gesehen, die sich dem totalen Herrschaftsanspruch der Partei nicht widerspruchslos unterordnen wollten. Diese Kritik war der Sache nach — wie wir heute rückblickend erkennen können — das Vorspiel zur „Großen Proletarischen Kulturrevolution“, die im Frühsommer 1966 proklamiert wurde.

Wir können hier nicht im einzelnen diese frühen Angriffe gegen die chinesische Intelligenz behandeln. Als Beispiel sollen nur zwei wichtige Personen herausgegriffen werden, die in der politischen Publizistik der Hauptstadt eine große Rolle gespielt haben: Wu Han und Teng To.

Wu Han, 58 Jahre alt, Historiker, Publizist und — in diesem Zusammenhang besonders bemerkenswert — Stellvertretender Bürgermeister von Peking, hatte 1961 nach mehrfacher Umarbeitung ein historisches Drama veröffentlicht, das den Titel trägt: „Hai Jui wird seines Amtes enthoben“. Im Herbst 1965, also vier Jahre nach Erscheinen des Stückes, hielt die Parteiführung seine schonungslose Verdammung für angebracht. Das Urteil lautete in chinesischer Manier: „Das Stück ist keine wohlriechende Blume, sondern ein giftiges Unkraut. Unterläßt man es, das Drama zu diskutieren, so wird dies der Sache des Volkes Schaden zufügen.“

Die umfangreiche Auseinandersetzung mit Wu Hans Drama, aus der das soeben zitierte Urteil stammt, erschien am 10. November 1965 in der

Schanghai Zeitung Wen Hui Pao. Heute können wir sagen, daß dies der Startschuß für die „Kulturrevolution“ war. Der ersten Kritik folgte eine Kette heftigster Angriffe gegen den Historiker, die sich über Monate erstreckte und Ende April 1966 auf andere Akademiker und renommierte Parteileute ausgedehnt wurde. Was hat Wu Han in seinem Drama geschrieben, das die Partei zu solch heftiger Reaktion veranlaßte? In dem Stück klagt das Volk über die Willkürherrschaft der Beamten. Trotz der historischen Kostümierung — es spielt im 16. Jahrhundert — ist der Bezug auf die gegenwärtigen Verhältnisse in China mit Händen zu greifen.

Man stelle sich vor: Die brutalen Maßnahmen der Partei zur Errichtung der Volkskommunen sind bei der Bevölkerung noch in frischester Erinnerung, da läßt (1961) Wu Han in seinem Drama die Worte sprechen:

„Gemeindebeamte und örtliche Despoten haben dem Volk das Land weggenommen und es seiner Existenzgrundlage beraubt. Dem Gesetz entsprechend ist das auf diese Weise enteignete Land zurückzugeben. Alle Verstöße gegen diesen Befehl werden geahndet.“

Und dann folgt die Regieanweisung: „Die Menge hört schweigend zu und bricht dann in Hochrufe aus.“¹⁾

Das Drama ist in doppelter Hinsicht interessant: Erstens enthüllt Wu Hans Stück eine tiefgreifende prinzipielle Unzufriedenheit mit der Führung Chinas durch Mao Tse-tung; denn Kritik an der Kollektivierung und Kommunisierung des Landes ist gleichbedeutend mit einer Kritik an den zentralen Maßnahmen der Partei unter Mao Tse-tung zur Umgestaltung der Gesellschaft.

Zweitens begegnen wir damit der Form des Widerstandes, die seit zweitausend Jahren in China üblich ist. Herrscher, mit deren Maßnahmen man nicht einverstanden ist, kritisiert man in verschlüsselter Form: in Parabeln, Gleichnissen, Anekdoten — und später dann in Dramen. Eine institutionalisierte Opposition hat es in China nie gegeben, und auch heute existiert sie weder unter Mao Tse-tung noch unter Tschiang Kai-schek.

¹⁾ S. Ost-Probleme, 18. Jg., 1966, Nr. 18, S. 558.

Die Intensität, mit der die Parteiführung es für nötig hielt, sich mit Wu Han auseinanderzusetzen, und die rasche Ausweitung der Angriffe auf Hunderte von namhaften chinesischen Intellektuellen mit zum Teil hohen Funktionen in der Partei beweist, daß Wu Han kein Einzelfall war, sondern Symptom einer möglicherweise gefährlichen Opposition gegen die Parteiführung. Diese Führung hatte sehr genau erkannt, worauf Wu Han hinauswollte. In dem gegen ihn gerichteten Anklageartikel hieß es:

„Genosse Wu Han forderte die anderen unmißverständlich auf, von seinem Hai Jui zu lernen. Was sind das am Ende für Dinge, die wir von ihm lernen können? Die Rückgabe des Landes? Auf unserem Land ist das sozialistische System des Kollektiveigentums verwirklicht und sind große Volkskommunen gegründet worden... Soll es etwa besagen, daß die 500 Millionen Bauern, die entschlossen den sozialistischen Weg weitergehen, aufgefordert werden sollten, diese Rückgabe des Landes zu lernen?“²⁾

Nicht weniger beziehungsreich waren die Veröffentlichungen von Teng To, der wie Wu Han dem Stadtparteikomitee von Peking angehörte.

Kampf gegen die meinungsbildende Intelligenz

Die Attacke gegen Wu Han, die sich über sechs Monate hinzog, war der Auftakt zu umfassenden Angriffen gegen Schriftsteller, Filmskriptautoren, Dramatiker, Essayisten, leitende Redakteure von Zeitungen und Zeitschriften — kurz gegen alle diejenigen, die in maßgebenden Positionen die Mittel der Meinungsbildung in der Hand hatten. Diese Angriffe auf verschiedene Ziele begannen im April 1966. Daß sie selbst die ranghöchsten Verantwortlichen im Bereich der Propaganda und Kultur nicht verschonten, nämlich Lu Ting-ji, den Chef der Propaganda-Abteilung beim ZK der Partei, und Tschou Jang, seinen Stellvertreter, der für die Bereiche Literatur und Kunst zuständig war, ließ erkennen, daß es diesmal um mehr als nur eine begrenzte Korrektur ging.

Mao Tse-tung, der in seinen innenpolitischen Maßnahmen immer größten Wert auf die Umformung des Denkens, auf die Umerziehung gelegt hatte, mußte erkannt haben, daß weite Bereiche des Propagandaapparates nicht mehr zuverlässig waren. Umbesetzungen in den Re-

Der 55jährige Teng To war Chefredakteur der theoretischen Zeitschrift des Komitees. Er hatte damit eine führende Stellung in der ideologischen und kulturellen Arbeit der Stadtverwaltung inne. Seine Essays „Abendgespräche am Yenshan“ erschienen bald nach Wu Hans Drama im März 1961. Auch er kleidete seine gezielte Kritik an der Parteiführung in historische Allegorien, was ihm fünf Jahre später als „Sturm auf die Generallinie der Partei“ vorgeworfen wurde.

Teng To trat zum Beispiel in einem hintergründigen Gedenkartikel über einen historischen „Kriegssekretär“ unmißverständlich für den 1959 abgesetzten Verteidigungsminister Peng Te-huai ein. Er griff in einem Essay unter dem gefälligen Titel „Wie man Freunde gewinnt und Gäste unterhält“ die Politik Mao Tse-tungs gegenüber der Sowjetunion an. Er sagte darin: „Wir sollen uns freuen, wenn ein Freund stärker ist als wir.“ Und in einer anderen Veröffentlichung schreibt er: „Wenn ein aufgeblasener Kerl meint, er habe das Einmal-eins erlernt und es werde auch weiterhin leicht gehen und seinen Lehrer hinauswirft, wird er überhaupt nie etwas lernen.“ Damit spielte er natürlich auf den von China provozierten Abzug der sowjetischen Techniker an³⁾.

daktionen, ja, die Schließung einer Reihe von Zeitungen und Zeitschriften waren die Folge dieser Erkenntnis. Seit Beginn der Kulturrevolution haben von 60 im Ausland beziehbaren Zeitungen und Zeitschriften 19 ihr Erscheinen einstellen müssen! Darunter sind auch die beiden Organe des kommunistischen Jugendverbandes und die Zeitung des Gewerkschaftsbundes. Die Nachrichtenagentur Hsinhua wechselte bereits zweimal ihren verantwortlichen Chef!

Im Lichte dieser Angriffe auf die meinungsbildende Intelligenz erhält ein Wort Mao Tse-tungs besondere Bedeutung, das am Anfang des ZK-Beschlusses zur Kulturrevolution vom August 1966 zitiert wird:

„Um eine politische Macht zu stürzen, ist es immer notwendig, vor allem die öffentliche Meinung zu schaffen und in der ideologischen Sphäre zu arbeiten. Das gilt für die revolutionäre

³⁾ S. „Der reaktionäre Charakter der ‚Abendgespräche am Yanshan‘ und der ‚Notizen aus dem Dorf der drei Familien‘“, Chiehfang jih-pao und Wen Hui Pao, 10. Mai 1966; dt. in: Die Große Sozialistische Kulturrevolution in China (1), Peking 1966, S. 90 und 87.

²⁾ Ost-Probleme, a. a. O., S. 561.

näre Klasse genauso wie für die konterrevolutionäre.“⁴⁾

Der alte Revolutionär weiß genau, welche Bedeutung der Propagandaapparat für ihn wie für seine Gegner hat; er wird auch weiterhin alles versuchen, um dieses wichtige Instrument der Beeinflussung fest in der Hand zu halten. Trotz der bis in die Gegenwart andauernden Umsetzungen in den Redaktionen der Provinzzeitungen scheint es bisher keiner Mao-feindlichen Gruppe gelungen zu sein, einen Sender oder ein Presseorgan völlig in die Hand zu bekommen. Die in Schanghai erscheinenden Zeitungen „Wen Hui Pao“ und „Chiefang jih-pao“ müssen zeitweilig in den Händen der Mao-Gegner gewesen sein, denn Mitte Januar dieses Jahres wurde ihre Rückeroberung bekanntgegeben und von Mao Tse-tung als außerordentlich wichtig bezeichnet.

Man muß geradezu von einer Ironie der Ereignisse sprechen, wenn ausgerechnet das Blatt in die Hände der „Parteifeinde“ gefallen sein soll, das einmal die Attacke gegen Wu Han angeführt hat.

Immerhin waren in der Nachrichten-Politik des letzten Jahres Unregelmäßigkeiten zu beobachten, wie es sie seit der Machtübernahme durch die Kommunisten nie in China gegeben

hatte: Der erste Angriff auf Wu Han erschien am 10. November 1965 in der Zeitung Wen Hui Pao. Die Pekinger „Volkszeitung“ — das Organ des Zentralkomitees — druckte diesen wichtigen Artikel mit dreiwöchiger Verspätung am 30. 11. nach. Das große Schwimmen mit Mao Tse-tung im Jangtse soll am 16. Juli 1966 stattgefunden haben. Die Zeitungen berichten erstmals über das gewaltige Ereignis unter Bezug auf dieses Datum mit neuntägiger Verspätung. Die Pekinger „Volkszeitung“, die Rundfunkstationen und eine kommunistische Zeitung in Hongkong meldeten am 11. August in großer Aufmachung, daß Mao Tse-tung am Vorabend in Peking mit den revolutionären Massen zusammengetroffen sei. In Peking aber wurde die „Volkszeitung“ mit dieser Meldung wieder eingezogen und eine neue Ausgabe gedruckt, die diese Meldung nicht mehr enthielt. Auch der Rundfunk erwähnte das Ereignis in seinen Nachmittagssendungen nicht mehr.

Macht über die Instrumente der Meinungsbildung ist politische Macht, und um politische Macht geht es heute in China. Die Angriffe gegen die Intellektuellen mit Funktionen im Propaganda- und Informationsapparat sind daher ein Wesensmerkmal der Kulturrevolution.

Kampf gegen die „Parteifeinde“ im Sommer 1966

Ein weiteres wichtiges Charakteristikum dessen, was sich in China unter der Bezeichnung „Kulturrevolution“ abspielt, sind die Auseinandersetzungen um die politische Linie in der Führungsspitze der Partei. Die Umbildung des Stadtparteikomitees von Peking Anfang Juni 1966 war ein Ausdruck dieser Richtungskämpfe. Die Maßnahme richtete sich gegen Peng Tschen, den Vorsitzenden des Stadtparteikomitees und ersten Bürgermeister von Peking, der seit 1951 Mitglied des Politbüros des ZK ist und an neunter Stelle in der Parteihierarchie rangierte. Nun wurde schlagartig offenbar, warum sich die Angriffe ausgerechnet auf Wu Han und Teng To konzentriert hatten: Wu Han war einer der Stellvertreter Peng Tschens und Teng To war ebenfalls Mitglied des Stadtparteikomitees und galt als Ratgeber Pengs. Die darauf folgenden Umbesetzungen im hauptstädtischen Parteiapparat zeig-

ten, daß dieser mit Leuten durchsetzt war, die der Politik Maos mindestens kritisch gegenüberstanden. Inzwischen — und das ist kennzeichnend für die un stabile Situation — ist auch Li Hsüe-feng, der Nachfolger Peng Tschens, wieder abgelöst worden.

Die Umbildung des Stadtparteikomitees von Peking leitete die dramatischen Ereignisse des Sommers 1966 ein, deren Verlauf der stets ausgezeichnet informierte Tanjug-Korrespondent in Peking, Bogunovič, aus vielen an Ort und Stelle beobachteten Details zu einem Gesamtbild zusammengefaßt hat. Wir geben im folgenden ein kurzes Resümee seiner Darstellung:

Am Abend des 27. April 1966 verbreitete sich unter den Korrespondenten in Peking die Nachricht, Peng Tschen sei verhaftet worden. Am folgenden Tag erwies sich jedoch die Information in dieser Form als unzutreffend. Der Oberbürgermeister von Peking war in der üblichen Begleitung von zwei Wachsoldaten in blauer Uniform gesehen worden. Vor seinem Amtssitz aber, dem Stadtparteikomitee, standen nun plötzlich mehr als ein Dutzend Solda-

⁴⁾ Ost-Probleme, 19. Jg. 1967, Nr. 4, S. 101. Dies soll Mao im Herbst 1962 auf der 10. Plenarsitzung des ZK gesagt haben. Möglicherweise fiel damals grundsätzlich die Entscheidung, gegen die Kritiker der Partei energischer vorzugehen.

ten der Armee in ihren Khaki-Uniformen. Sie hatten die Aufgabe, Peng das Betreten seines Amtssitzes zu verwehren.

Allmählich bestätigten sich Gerüchte, wonach sich das Zentralkomitee in ein Schanghai ZK unter Mao und Lin Piao und in ein Pekinger ZK unter Liu Schao-tschü gespalten habe. Die Aktion gegen Peng Tschen, der dem Politbüro angehörte, war eine Aktion des Schanghai ZK gegen das Pekinger. Der Oberbürgermeister von Peking schien seine Amtsgeschäfte von seiner streng bewachten Residenz aus weiterzuführen, da er seinen Amtssitz nicht mehr betreten durfte. Man beobachtete, daß häufig Personen die Residenz besuchten und verließen.

Anfang Juni gelang es der Mao-Lin-Gruppe, mit Hilfe der Armee die Umbildung des Stadtpartei-Komitees zu erzwingen und gewaltsam die Informationsmittel „Jen-min Jih-pao“ (Volkszeitung), Radio Peking und Hsinhua-Nachrichtenagentur unter ihre Kontrolle zu stellen ⁵⁾.

Trotz des Verlustes des Propaganda-Apparates gaben Liu und Peng Tschen nicht auf. Sie versuchten nun im Stile des Sturzes von Chruschtschow eine Sondersitzung des ZK-Plenums zustande zu bringen, auf der Mao Tse-tung überstimmt werden sollte. Zur Verwirklichung dieses Planes war es aber notwendig, den einflußreichen Generalsekretär der Partei, Teng Hsiao-ping, zu gewinnen. Der dazu eingesetzte Erste Sekretär des Stadtpartei-Komitees, Li Hsü-feng, diente — wie sich später herausstellte — als Vermittler.

Peng Tschen reiste zusammen mit Jang Schang-kun, Mitglied des ZK-Sekretariats, nach Nordwest-China und danach allein weiter nach dem Südwesten des Landes, um die ZK-Mitglieder dieser Regionen zu gewinnen. Der Erfolg seiner Bemühungen scheint beachtlich gewesen zu sein: Peng kehrte in Begleitung des Ersten Sekretärs des Südwest-Büros und Jang in Begleitung des Ersten Sekretärs des Nordwest-Büros des ZK nach Peking zurück.

Liu Schao-tschü konnte Anfang Juli berechtigte Hoffnung auf ein Gelingen seines Planes haben. Von den ersten Julitagen an trafen nacheinander die Mitglieder des ZK in Peking ein. Die prominentesten wurden in den Häusern von Liu und Peng untergebracht.

⁵⁾ Bezeichnenderweise erscheint die „Volkszeitung“ seit 2. Juni in veränderter Aufmachung, ohne lateinschriftlichen Titel und ohne den üblichen Datumskasten in der rechten oberen Ecke, statt dessen stehen dort jetzt Mao-Zitate.

Auf Grund der sich in Peking versammelnden ZK-Mitglieder sagte der Tanjug-Korrespondent am 8. Juli in einer Meldung voraus, daß das 11. Plenum wahrscheinlich bald zusammentreten werde. (Drei Wochen später fand die Sitzung tatsächlich statt.)

Am 15. Juli waren 51 Vollmitglieder (von insgesamt 90) und 38 (von 88) Kandidaten in Peking. Dabei fiel auf, daß die meisten ZK-Mitglieder aus Ost-China und aus der Region Mitte-Süd nicht gekommen waren. Offenbar hielten sie zum ZK von Shanghai. Der Südwesten und Nordwesten war fast vollzählig vertreten. Jedoch alle Mitglieder, die gleichzeitig über militärische Macht verfügten, waren der Einladung nicht gefolgt ⁶⁾.

Gerüchten zufolge sollte das Plenum am 21. Juli zusammentreten. Die Tage vom 17. bis 20. waren voller dramatischer Spannung: Am 17. Juli war plötzlich die Bahnverbindung zwischen Peking und Tientsin unterbrochen. Auf Anfrage der Korrespondenten hieß es, die Züge seien ausgebucht, man werde aber Nachricht geben, sobald wieder Fahrkarten zur Verfügung stünden.

Am Abend des gleichen Tages war das Gelände um den Bahnhof Peking abgesperrt und Passanten wurden von Soldaten zurückgewiesen. Am folgenden Morgen, also am 18. Juli, verbreitete sich die Nachricht, Lin Piao habe ein starkes Kontingent Truppen von Zentral-China nach Peking verlegt. Die Korrespondenten wurden einzeln telefonisch angewiesen, sich vorübergehend ausschließlich im Peking-Hotel aufzuhalten; mit anderen Worten: ihre Bewegungsfreiheit, die für einen Umkreis von 10 km bestand, war vorübergehend aufgehoben worden. Ein sowjetischer Diplomat, der am 19. Juli nach der Sowjetunion zurückfliegen wollte, wurde auf der Fahrt zu dem im Westen der Stadt gelegenen Pekinger Flughafen von Militärkontrollen angehalten und zurückgeschickt.

In den Vorstädten von Peking lagen Lin Piaos Einheiten in Bereitschaft. Ein Teil davon kam ins Stadtgebiet und nahm Lo Jui-tsching, den Generalstabschef, fest. Andere Verbände setzten sich in Richtung der Provinz Schansi in Marsch, von wo Truppen im Anmarsch auf Peking waren, um sich den Einheiten Lin Piaos entgegenzustellen. Der Kommandeur des Militärbezirks von Sinkiang und ZK-Mitglied

⁶⁾ Hier ist eine Unklarheit in Bogunovičs Bericht. Er vermerkt, daß Ulanfu nach Peking gekommen sei. Dieser aber ist sowohl Erster Sekretär des Partei-Komitees Innere Mongolei als auch Oberbefehlshaber der Streitkräfte dieses Gebietes.

Wang En-mao hatten auf Befehl des inzwischen festgenommenen Generalstabschefs Lo Juit-sching eine in Schensi stationierte Division in Richtung Peking in Marsch gesetzt.

Der Divisionskommandeur aber fügte sich einem Telegramm von Mao, Lin und Jang Tscheng-wu, dem neuen Generalstabschef, nicht weiterzumarschieren. Er beugte sich diesem Befehl unmittelbar vor einem kritischen Zusammenstoß, der Bürgerkrieg bedeutet hätte.

Am Morgen des 18. Juli soll Mao Tse-tung alle Mitglieder des Zentralkomitees informiert haben, daß er in den nächsten Tagen nach Peking zurückkehren werde, um an einer Plenarsitzung teilzunehmen; ohne ihn dürfe keine ZK-Sitzung stattfinden. Liu Schao-tschü aber blieb bei der den ZK-Mitgliedern bereits mitgeteilten Absicht, die Sitzung am 21. Juli ohne Mao Tse-tung stattfinden zu lassen.

Die Entscheidung fiel in der Nacht vom 20. zum 21. Juli: Im letzten Moment zeigte sich Teng Hsiao-ping geneigt, dem Befehl Mao Tse-tungs zu folgen. Der plötzliche Gesinnungswechsel ließ es Liu Schao-tschü möglich erscheinen, eine Mehrheit gegen Mao zustande zu bringen. Die geplante Sitzung fand nicht statt.

Soweit die Darstellung des Tanjug-Korrespondenten Bogunovič ⁷⁾. Zweifellos ist der Bericht dort, wo er nicht auf unmittelbaren Beobachtungen des Korrespondenten beruht, hypothetisch. Solange es aber keinen überzeugenderen

Die Rote Garde in Aktion

Nun trat die von beiden ins Leben gerufene Rote Garde in Aktion. Chinas Schulen hatten ihre Tore geschlossen und die Jugend ging auf die Straße, um die alte Welt zu zerstören. Sie mußte sehr bald ermahnt werden, weniger fortschrittlich Denkende nicht mit Fäusten, sondern mit Argumenten von der Notwendigkeit dieses Vorhabens zu überzeugen.

Die westliche Presse betonte in unangemessener Weise gerade diese kurze Episode der Kulturrevolution und beklagte, daß unermeßliche Schätze der chinesischen Kultur vernichtet worden seien, was nach kompetenten Berichten aus Peking nicht stimmt. Kennzeichnend für diese Zeit war vielmehr, daß Rotgardisten in Privathäusern von „bürgerlichen

⁷⁾ Vgl. Survey of China Mainland Press, Hongkong, Nr. 3855, 9. 1. 1967.

Rekonstruktionsversuch der Vorgänge gibt, besteht kein Grund, ihn einfach zu verwerfen. Die Tanjug-Darstellung ist inzwischen durch viele Details gestützt worden. Eine Bestätigung fand sich kürzlich in einer Pekinger Wandzeitung, in der Liu Schao-tschü und Teng Hsiao-ping angeklagt wurden, vor einem Jahr eine Verschwörung zum Sturze Mao Tse-tungs geplant zu haben. Dies war die erste Anklage gegen beide, in der ihnen eine persönliche, direkte Beteiligung an einer Verschwörung gegen Mao Tse-tung vorgeworfen wurde ⁸⁾. Auf die jüngsten Angriffe gegen Liu kommen wir noch zurück.

Mao konnte nun, nachdem Teng Hsiao-ping sich auf seine Seite gestellt hatte, nach Peking zurückkehren. Das ZK tagte vom 1. bis 12. August unter Maos Vorsitz — wie es hieß — und veröffentlichte einen Beschluß zur Kulturrevolution und ein Kommuniqué. Beide Dokumente beweisen, daß es Mao noch einmal gelungen war, eine Mehrheit für seine Linie zu gewinnen. Schließlich bestätigte das Kommuniqué die bisher einschneidendste Veränderung in der Führungshierarchie: Lin Piao, der Verteidigungsminister, dessen Name als einziger neben Maos genannt wurde, war zur Nummer zwei in der Führungsspitze aufgestiegen. Der Staatspräsident Liu Schao-tschü hatte diesen Platz räumen müssen. Die dann folgenden Mammutveranstaltungen in Abwesenheit von Mao Tse-tung unterstrichen die enge Verbindung zwischen ihm und Lin. Lin Piao sprach wiederholt ausdrücklich im Namen Maos.

Elementen“ eindringen, die Bewohner demütigten und quälten und beträchtliche Mengen an Gold, Silber und Bargeld wegnahmen — eine erzwungene Staatsanleihe.

Von August bis Dezember 1966 strömten aus allen Provinzen Rotgardisten in die Hauptstadt, um Mao Tse-tung, dem chinesischen Übermenschen, zuzujubeln. Acht Großveranstaltungen — die letzte Ende November — hatten die Initiatoren der Kulturrevolution zu diesem Zweck organisiert. Elf Millionen Jugendliche sollen nach offiziellen chinesischen Angaben an diesen gigantischen Demonstrationen teilgenommen haben. Das ohnehin unterentwickelte Verkehrsnetz wurde durch den Transport von Millionen Rotgardisten überbelastet. Widerstand gegen die halbstar-

⁸⁾ New York Times, 17. 2. 1967.

Revolutionäre, die teilweise die Produktion empfindlich störten, brach in der arbeitenden Bevölkerung hervor.

Dieser Widerstand muß zuweilen sehr gefährliche Formen angenommen haben: So wurde Mitte November in der Presse ein chinesischer Soldat als Vorbild herausgestellt, der im letzten Augenblick eine von — wie es hieß — Saboteuren quer über die Schiene gelegte Bohle zur Seite riß und damit einen mit Rotgardisten voll besetzten Zug vor dem Entgleisen bewahrte. Er selbst kam dabei ums Leben⁹⁾. Das war ein vielsagendes Beispiel, mit dem das Vorhandensein eines aktiven Widerstands gegen die Rote Garde zugegeben wurde. Aber die Rote Garde selbst war kein geschlossenes Ganzes. Sehr bald traten einander widerstrebende Gruppen in Erscheinung, wie sich Wandzeitungen und Flugblätter entnehmen ließ.

In einem Flugblatt ruft eine Rotgardisten-Gruppe dazu auf, einer anderen keine freie Verpflegung mehr auszuhändigen, sondern sie fortzujagen, denn es handele sich um Kinder von „Grundherren, Kulaken, Konterrevolutionären, schlechten Elementen und Rechten“ — um Kinder nichtproletarischer Herkunft also.

Ein anderes Flugblatt wendet sich gegen die „jungen feinen Herren und Damen der Grundbesitzer und bourgeoisen Klasse“ mit den Worten: „Ihr dachtet, ihr könntet euch der vorübergehend bestehenden bourgeoisen Erziehung bedienen, um die Leiter höher emporzuklettern und weiße Experten zu werden, um in die Universität zu gelangen und mit Professoren und Experten zusammenzukommen. Euer Herz hing an einem kleinen Auto,

einem kleinen modernen Haus, einem weißen Mantel, einem Laboratorium . . ., am Genuß des Komforts, am Reichtum, an einem guten Ruf, an einem guten Gehalt. Ihr dachtet, . . . daß ihr vielleicht sogar ein kleines politisches Kapital aufbauen und etwas Macht erlangen könntet. Daß dann die friedliche Umwandlung käme und ihr wieder obenauf wäret und eure ruhmreichen Vorfahren ehrtet.“¹⁰⁾

Hier tritt der Gegensatz zwischen den Kindern der unterprivilegierten Masse und den Söhnen und Töchtern der neuen oder wiedererstarkenden Mittel- und Oberschicht offen zutage. Mao Tse-tung muß diesen Klassengegensatz gekannt und bei der Schaffung der Roten Garde bewußt mit seiner Verschärfung gerechnet haben. Es scheint so, als habe er Millionen von Jugendlichen das Ersatzerlebnis einer Revolution geben und damit dem Schwinden des revolutionären Bewußtseins in der jungen Generation — seine große Sorge — entgegenwirken wollen.

Die so ressentimentgeladenen, abenteuerfreudigen Halbstarke griffen — gesteuert und instruiert von der Armee — die Handvoll von „Hartnäckigen in der Parteiführung, die den kapitalistischen Weg gehen“, in Wandzeitungen öffentlich an. Im Dezember konzentrierten sie ihre Kritik auf Liu Schao-tschü, den Staatspräsidenten, und auf Teng Hsiao-ping, den Generalsekretär der Partei.

Die offizielle Partei- und Armeepresse aber enthielt sich bis heute jedes namentlichen Angriffs gegen so hohe Staats- und Parteifunktionäre. Ist die „Handvoll von Parteifeinden“ doch noch zu mächtig? Hat die Rotgardisten-Aktion das gehalten, was sich der Führer der „Kulturrevolution“ von ihr versprach?

Unruhe unter Arbeitern und Bauern

Wir wissen nur, daß um die Jahreswende 1966/67 die Dinge eine für die Maoisten wenig Hoffnung erweckende Entwicklung genommen haben. Als im Dezember die Kulturrevolution entgegen früher geäußerten Absichten in die Industriebetriebe und die Volkskommunen getragen wurde, reagierten die Arbeiter und Bauern mit heftiger Opposition. Denn nun mischten sich Leute in den Produktionsprozeß, die von jeder Sachkenntnis ungetrübt waren. So kam es in Schanghai zu Zusammen-

stößen zwischen Mao-treuen Revolutionären und Arbeitern.

Die Gegner Maos in leitenden Stellungen in den Betrieben und im Stadtparteikomitee riefen die Arbeiter zum Streik auf und veranlaßten Abgeordnete aus den Betrieben und dem Hafen, nach Peking zu fahren, wo sie ihre Klagen über die von der Kulturrevolution verursachte Störung in der Produktion und Forderungen nach höheren Löhnen vorbringen sollten. Reise- und Unterhaltskosten

⁹⁾ Jen-min Jih-pao, Peking, 17. 11. 1966, „Tsai Yang-hsiang, mit ganzem Herzen Kämpfer für einen allgemeinen Kommunismus“.

¹⁰⁾ China News Analysis, Hongkong, Nr. 636, 11. 11. 1966.

zahlten die Betriebskassen, wobei auch Gelder angegriffen wurden, die für die Produktionsfinanzierung bestimmt waren. Das Beispiel der Studenten und Schüler, die monatelang auf Staatskosten durchs Land gereist waren, begann Schule zu machen.

Bald wurden ähnliche Ereignisse auch aus anderen Städten und vom flachen Land gemeldet. Die offizielle, das heißt Mao-treue Presse sprach von einer „neuen konterrevolutionären Attacke des Feindes“, und ein dringender Appell an die Bevölkerung folgte auf den anderen. Unterzeichnet sind diese Appelle von „Revolutionären Rebellen-Organisationen“, die teilweise mit Rotgardisten-Gruppen identisch zu sein scheinen. Sie machen den Stadt- bzw. Provinzparteikomitees sowie Betriebs- und Kommunenleitungen den Vorwurf des „Ökonomismus“, das heißt durch materielle Vergünstigungen das Entlohnungs- und Versorgungssystem sowie die Staatsfinanzen in Unordnung gebracht zu haben¹¹⁾.

Sie hätten die Bauern zum Widerstand gegen die Übererfüllung der Produktionsziele aufgewiegelt und versucht, einen freien Markt auf dem Lande zu schaffen. Sie hätten ferner einen großen Teil der öffentlichen Fonds und das für das Kollektiv der Produktionsbrigaden bestimmte Getreide verteilt nach der Devise „alles essen — alles verteilen“. In einer Sendung des Inlandsdienstes von Radio Peking vom 20. Januar heißt es:

„Es gelang ihnen, den schwarzen Wind des Ökonomismus über den ländlichen Gebieten wehen zu lassen. Sie wiegelten eine große Zahl von Bauern auf, ihre Produktionsstätten zu verlassen und in die Stadt zu ziehen, um unvernünftige Forderungen nach wirtschaftlichen Vergünstigungen zu stellen.“

Das ist im Grunde nichts weniger als das Eingeständnis von Bauernaufständen — ein seit

ältester Zeit in China probates Mittel, bestehende Mißstände zu beseitigen.

Inzwischen ist die Armee eingesetzt worden. Zum erstenmal in der kurzen Geschichte der Chinesischen Volksrepublik gibt die Parteilührung zu, daß es nötig ist, auf die Armee zur Wiederherstellung der Ordnung zurückzugreifen. Aber kann sich Mao Tse-tung auf sie verlassen? Nachdem der Generalstabschef und mit ihm wenigstens sieben Generäle, ein Marschall und ein Admiral kritisiert wurden und die Armeezeitung am 12. Januar erstmalig von einer „kleinen Clique von Kapitalisten an der Macht und einer sehr kleinen Zahl von hartnäckigen, reaktionären bürgerlichen Elementen in der Armee“ sprach, sind oppositionelle Gruppierungen auch hier nicht mehr einfach auszuschließen.

Die Organisation der Partei vom Provinzparteikomitee abwärts scheint sich in einem desolaten Zustand zu befinden. Die Befehlskette von oben nach unten soll nun über die Mao-treuen Revolutionären Rebellen-Komitees laufen. Aber läßt sich eine neue Organisation so hastig funktionsfähig machen? Und werden die unruhig gewordenen, unzufriedenen Bauernmassen gehorchen? Was geschieht mit den außer Funktion gesetzten Parteikadern?

Die Ereignisse seit Mitte Februar brachten nur teilweise Antworten auf diese Fragen. Da die Maoisten sämtliche Presse- und Propagandamittel in der Hand haben, wird verständlich, daß immer und immer wieder die Erfolge der Kulturrevolution herausgestellt werden. Wären diese Erfolge in Wirklichkeit so groß, dann müßte die „Handvoll“ von Parteifeinden längst ausgeschaltet sein. Doch ist noch immer von ihr die Rede, und die „Konterrevolutionäre“ setzen immer wieder zum „Gegenangriff“ an. Wir dürfen also annehmen, daß der Einfluß der meisten mit formelhaften Wendungen bezeichneten Mao-feindlichen Kräfte sehr viel stärker ist als offiziell zugegeben wird.

Erst kommt das Essen . . .

Die Frühjahrsfeldbestellung rückte in den vergangenen zweieinhalb Monaten mehr und mehr in den Mittelpunkt und zwang die Veranstalter der Kulturrevolution dazu, beträchtlich zurückzustecken. Am 11. Februar rief ein Leitartikel der „Volkszeitung“ zum Frühjahrspflügen auf und forderte, daß der revolutionäre Enthusiasmus aus der Kulturrevolution

nun für die Feldarbeit nutzbar gemacht werden solle; denn „die Landwirtschaft ist die Grundlage der Volkswirtschaft. Eine reiche oder magere Ernte wirkt sich direkt auf die Volkswirtschaft und das Leben des Volkes aus und beeinflusst die große proletarische Kulturrevolution unseres Landes“.

Eine alte Wahrheit konnte nun wieder nüchtern ausgesprochen werden. Sie wurde bald vom Zentralkomitee der Partei in Form eines besonderen Dokuments sanktioniert, in dem

¹¹⁾ S. Joachim Glaubitz, „Ökonomismus“ — die Waffe gegen Mao, in: Ost-Probleme, 19. Jg. (1967), Nr. 4, S. 98—101.

auch „jene Genossen, die Fehler gemacht haben“, aufgerufen werden, bei der Frühjahrsbestellung mitzuarbeiten¹²⁾. Die im Januar im Anschluß an die „Machtübernahme durch die revolutionären Rebellen“ in Schanghai in einigen Teilen des Landes vorgenommene Entmachtung der alten Funktionäre in den Stadtparteikomitees und den Kommunenleitungen hat sich sehr rasch als Pyrrhus-Sieg erwiesen: die neuen Besen kehrten nicht. Der bedeutsame Artikel im theoretischen Organ der KP Chinas, der „Roten Fahne“, unter der vielsagenden Überschrift „Richtige Behandlung der Kader unbedingt erforderlich“ weist unmißverständlich auf diese Fehler hin: „An manchen Stellen fordert eine Minderheit von Leuten: ‚Alles was sich Leiter nennt, ist zur Seite zu schieben‘. Eine solche Forderung entbehrt jeder Klassenanalyse und stellt die Massen in Opposition zu allen Kadern, und da-

durch wird die Speerspitze des Angriffs nicht auf eine Handvoll Machthaber, die den kapitalistischen Weg gehen, sondern auf die Masse der Funktionäre gerichtet.“¹³⁾

Die Masse der Funktionäre in Institutionen der Partei und Regierung sei gut, heißt es in dem Artikel weiter. Bei Funktionären, die Fehler begangen haben, müsse man sowohl ihre Fehler als auch ihre Leistungen sehen ... und eine sachliche Einschätzung vornehmen.

Daraus spricht nichts anderes als Pragmatismus. Die in Organisation und Führung erfahrenen Leute werden ganz einfach gebraucht, um den Apparat nicht im Chaos versinken zu lassen.

„Die richtige Behandlung der Kader ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt das entscheidende Problem, um in der Frühjahrsfeldbestellung gute Arbeit zu leisten.“¹⁴⁾

Kulturrevolution als Freizeitbeschäftigung

Der deutlich realistische Kurs beschränkt sich nicht nur auf die Landwirtschaft. Dem Brief des ZK vom 20. Februar an die Bauern folgte am 18. März ein Brief an die Arbeiter, der jede kulturrevolutionäre Tätigkeit in die Freizeit verweist: „Ihr müßt in Übereinstimmung mit den Anordnungen des ZK der Partei fest am achtstündigen Arbeitstag festhalten und die Kulturrevolution während der Zeit außerhalb der acht Arbeitsstunden betreiben. Während der Arbeitsstunden ist es nicht gestattet, sich ohne triftigen Grund von seinem Produktions- und Arbeitsplatz zu entfernen... Es ist notwendig, das Personal, das aus der Produktion abkommandiert ist, beträchtlich zu verringern und den Arbeitsnutzen zu steigern.“¹⁵⁾ Am Ende des Briefes wird den Ar-

beitern ausdrücklich empfohlen, das Dokument „während ihrer Freizeit“ zu diskutieren.

Auch im Bereich der Erziehung werden seit Mitte Februar andere Töne angeschlagen. Für die Grund- und Mittelschüler — für die Pflichtschuljahrgänge also — sind die schönen Tage mit freier Reise landauf und landab vorüber. Lehrer und Schüler wurden zurück in die Schulen beordert. Der Unterricht hat wieder begonnen. Es läßt sich noch nicht sagen, ob und wie weit die Forderung der Kulturrevolution, das Erziehungswesen von den Einflüssen der Bourgeoisie zu säubern, als erfüllt angesehen werden kann. Da China auch vor der Kulturrevolution nicht über genügend Lehrkräfte verfügte, um alle Schulpflichtigen zu unterrichten, ist kaum damit zu rechnen, daß am Lehrkörper größere Abstriche vorgenommen werden können. Einem Bericht von Radio Peking zufolge herrscht jedenfalls eine „neue, revolutionäre Atmosphäre in den Schulen“. Die erste Unterrichtsstunde war der Beschäftigung mit den Aussprüchen Mao Tse-tungs und dem Studium des 16-Punkte-Beschlusses vom August 1966 gewidmet. Aber auch der Unterricht in Rechnen, naturwissenschaftlichen und anderen Fächern sei wieder aufgenommen worden¹⁶⁾.

¹²⁾ Brief des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas an die ehemaligen armen Bauern und unteren Mittelbauern und an die Funktionäre jeder Ebene in allen Volkskommunen auf dem Lande. In: Peking Rundschau 1967/9, S. 6.

¹³⁾ Hungtshi (Rote Fahne), 1967/4.

¹⁴⁾ Hungtshi, 1967/4, S. 51.

¹⁵⁾ Brief des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas an die revolutionären Arbeiter und Leiter und die revolutionären Kader in Industrie- und Bergwerksbetrieben des ganzen Landes. In: Peking Rundschau, 1967/13, S. 5—6.

¹⁶⁾ Radio Peking, 6. 3. 1967.

Es ist interessant, daß mit der Rückkehr zu gemäßigeren, mehr den Erfordernissen der Realität entsprechenden Methoden Tschou En-lai, der Staatsratsvorsitzende und Ministerpräsident, stärker in Erscheinung trat. Auf einer Versammlung für arme Bauern in Peking am 19. März sprach Tschou „im Namen Mao Tse-tungs und seines engen Waffengefährten Lin Piao, im Namen des ZK der Partei, des Staatsrates, der Kommission für militärische Angelegenheiten und der Gruppe der Kulturrevolution“. Damit repräsentierte Tschou bei dieser Veranstaltung die wichtigsten Führungsgremien Chinas. In gleicher Eigenschaft sprach Tschou En-lai auch am 22. März auf

einer Konferenz der Revolutionären Arbeiter Pekings und drei Tage danach auf dem Kongreß der Roten Garden der Pekinger Mittelschulen.

Die Kulturrevolution ist ohne Zweifel unter dem Zwang der wirtschaftlichen Erfordernisse in eine gemäßigtere Phase eingetreten. Doch Voraussetzung dafür war, daß Männer in entscheidenden Positionen die eigentlichen Initiatoren der Kulturrevolution von der Notwendigkeit eines gemäßigeren Kurses überzeugen konnten. Die dringliche Frühjahrsfeldbestellung war dafür ein starkes Argument. Maßgeblicher Repräsentant der nüchtern denkenden Führungsgruppe ist Tschou En-lai.

Die Rolle der Armee

Der Einfluß des Militärs (und damit Lin Piao) ist deshalb aber keineswegs zurückgedrängt. Die Armee ist angewiesen worden, die Bauern bei der Feldbestellung energisch zu unterstützen. Diese Direktive läßt jedoch erkennen, daß es der Kommission für Militärische Angelegenheiten beim ZK nicht in erster Linie auf den Einsatz der Soldaten in der Feldarbeit ankommt, sondern vielmehr darauf, Kontrollfunktionen auszuüben. Die Direktive fordert die einzelnen Wehrbezirke auf, in der Hauptsache den örtlichen Führungsorganen und den Organen auf Provinz-, Sonderdistrikt-, Stadt- und Kreisebene und den Volkskommunen bei der Veranstaltung von Zusammenkünften über die Frühjahrsfeldbestellung zur Seite zu stehen, so daß die Pläne für die Feldbestellung auf einer soliden Grundlage entworfen werden können. Die Truppen werden ferner aufgerufen, ihre „Wachsamkeit gegenüber der Aktivität des Klassenfeindes“ zu erhöhen¹⁷⁾.

Die Direktive erschien drei Tage nach dem Brief des ZK an die Bauern. Wollte sich Lin Piao damit seinen Einfluß in einem lebenswichtigen Bereich sichern? Oder ist die Kontrolle der Bauern durch die Armee unerlässlich? Möglicherweise ist die unsichere Situation auf dem Lande, auf die bereits hingewiesen wurde, für den Verteidigungsminister ein willkommener Anlaß, seine Kontrollbefugnisse zu erweitern.

Die „Machtübernahme“ in einigen Provinzen und Städten aus den Händen der Mao-Feinde erfolgte ohnehin mit Hilfe der Armee. Häufig kam es dabei zu Rivalitäten zwischen den zahlreichen Mao-freundlichen revolutionären Gruppen. Die Vokabel „Anarchismus“ tauchte in diesem Zusammenhang auf, da offenbar unter den Revolutionären die Auffassung an Boden gewonnen hatte, „alles auszuschließen und alles niederzuschlagen“. Der Aufruf zur Bildung einer „revolutionären Dreierverbindung“ als provisorisches Machtorgan — von der am 5. Februar ins Leben gerufenen Shanghai-Kommune ist keine Rede mehr — versucht den rivalisierenden Gruppen entgegenzutreten. Diese Allianz soll sich aus „Verantwortlichen der wirklich die breiten Massen vertretenden revolutionären Massenorganisationen, Vertretern der Garnison der Volksbefreiungsarmee und revolutionären führenden Funktionären“ (der Partei) zusammensetzen. Auch hier spielt die Armee eine bedeutende, wahrscheinlich die entscheidende Rolle:

„In den Institutionen, wo die Machtentziehung notwendig ist, ist, von den oberen bis zu den unteren Ebenen, die Mitwirkung der Vertreter der Armee oder der Volksmiliz bei der Bildung der „Dreierverbindung“ unbedingt erforderlich ... Die Entsendung von Armeevertretern in alle Stellen auf Kreisebene oder höher und die Delegation von Vertretern der Volksmiliz in alle Volkskommunen und alle ihnen unterstellten Abteilungen sind eine ausgezeichnete Sache.“¹⁸⁾

¹⁷⁾ Direktive der Kommission für militärische Angelegenheiten beim ZK vom 23. 2. 1967; in: Chiehfangchün-pao (Zeitung der Befreiungsarmee), 25. 2. 1967.

¹⁸⁾ „Über die revolutionäre ‚Dreierverbindung‘“, Hungtschi 1967/5; deutsch in: Peking Rundschau 1967/12, S. 18.

Die kritischen Stimmen, die im März hörbar wurden, ließen erkennen, daß die „Dreierverbindung“ zum Teil auf „beträchtlichen Widerstand“ stößt. In einigen Fällen bestehe sogar die Gefahr, wie es heißt, daß die Handvoll von Personen an der Macht, die den kapitalistischen Weg einschlagen, sich einen Weg in die Führungsgruppe der „Dreierverbindung“ bahnen und diese in ein Werkzeug zur Wiederbelebung von Konterrevolutionären und die Wiedereroberung der Macht verwandelten¹⁹⁾. Die Gefahr, auf die hier wieder angespielt wird, läßt uns die Frage aufwerfen, wie mächtig diese „Handvoll“ tatsächlich ist und durch welche Personen sie verkörpert wird.

Die Beobachtungen des Tanjug-Korrespondenten Bogunovič, über die berichtet wurde, lassen Liu Schao-tschü als die zentrale Figur des Widerstandes gegen Mao Tse-tung erscheinen. Die Konzentration der Angriffe in jüngster Zeit in den offiziellen Organen der Partei scheinen diese Auffassung zu bestätigen. Unter dem Titel „Patriotismus oder nationaler Verrat“ erschien der bisher schärfste Angriff auf den chinesischen Staatspräsidenten. Dem Artikel, als „Kommentar zu dem reaktionären Film ‚Die innere Geschichte des Ching-Hofes‘“ bezeichnet, wurde eine besondere Bedeutung gegeben, was darin zum Ausdruck kam, daß er vom 31. März bis 3. April täglich von Radio Peking in vollem Wortlaut verlesen wurde.

Der Film, der schon 1950 in China lief, sei damals von Mao Tse-tung und seiner Frau Tschiang Tsching als „nationaler Verrat“ verurteilt worden. Konterrevolutionäre Revisio-nisten aber hätten sich Maos Ansicht wider-setzt. Sie seien dabei von dem „größten Macht-

haber in der Partei, der den kapitalistischen Weg geht“, gestützt worden. Daß damit Liu Schao-tschü gemeint ist, der übrigens an keiner Stelle namentlich genannt wird, geht aus vielen Details des Artikels hervor, schließlich auch aus der vorwurfsvollen Frage, warum er 1962 seine „absurde Schrift über die Kultivierung des Selbst, das große giftige Unkraut“ wieder veröffentlicht habe²⁰⁾. Im September 1962 aber erschien die zweite, überarbeitete Auflage von Lius Buch „Wie man ein guter Kommunist wird“.

In die gleiche Richtung zielt ein Artikel in der Pekinger „Volkszeitung“ vom 2. April, der die Zurückweisung der „Person an der Macht in der Parteispitze“ fordert und sich mit dem schädlichen Einfluß beschäftigt, den das Buch dieser Person über die Kultivierung des Selbst angerichtet hat.

Ob es den Maoisten gelingen wird, Liu auszuschalten und seine Anhängerschaft zu isolieren? Es sieht nicht danach aus, als handle es sich dabei um eine relativ kleine Gruppe, vielmehr erwecken die Vorgänge den Eindruck eines alle Organisationen durchziehenden Widerstandes gegen die utopische Politik Mao Tse-tungs.

Nach all dem, was sich im letzten Jahr in China ereignet hat und nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge ist ein voller Sieg der Maoisten ausgeschlossen. Vieles spricht dafür, daß ein Kompromiß zustande kommt, daß die Maoisten mit den oppositionellen Kräften werden leben müssen, wenn sie nicht ihr Land dem wirtschaftlichen Chaos überantworten wollen. Aber schon ein solcher Kompromiß dürfte den Realisten in Peking mehr Einfluß als bisher auf die Führung des Landes bringen.

¹⁹⁾ Chiehfangchün-pao, 17. 3. 1967.

²⁰⁾ Hungtschi 1967/5.

Militärpolitische Aspekte der chinesischen Kulturrevolution

Snows Urteil über Lin Piao

Die Wochenschrift „The New Republic“ hat in der Ausgabe vom 3. Dezember des vergangenen Jahres (1966) unter der Überschrift „Der Mann an der Seite Mao Tse-tungs“ einen ausführlichen Artikel von Edgar Snow abgedruckt, der früher Korrespondent in China gewesen ist. Edgar Snow kennt den Marschall Lin Piao persönlich. Im Jahre 1936 kam Snow in den (nach kommunistischer Lesart) befreiten Gebieten Chinas — und zwar in der Provinz Shenhsi — zum ersten Male mit Lin Piao in Berührung.

Der Artikel Snows enthält unter anderen folgende Feststellungen:

„Lin Piao — ein Mann, der Aufsehen meidet, eine spartanische Lebensweise bevorzugt, bescheiden ist, sich nur selten photographieren läßt, auf der politischen Bühne jahrelang unsichtbar blieb und ein Leben außer Dienst nicht kennt — hat niemals den Ehrgeiz gehabt, Nachfolger Mao Tse-tungs zu werden. Vor 1965 war er im Westen weitgehend unbekannt, und erst im gleichen Jahre wurde er (nach eigenem oder fremdem Willen) zum Sachwalter eines Lehrsatzes, den die chinesischen Kommunisten im Hinblick auf Revolutionen in den Entwicklungsländern vertreten.“

In dem Artikel „Es lebe der Sieg im Volkskrieg“ verglich Lin Piao die in den armen Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas „entstehenden Kräfte“ mit den „Landbezirken der Welt“. Die reichen Länder des Westens bezeichnete er als „die Städte der Welt“. Schließlich — so führte Lin Piao in Übereinstimmung mit dem Gedankengut Mao Tse-tungs weiter aus — werden die „Städte der Welt“ durch die Revolutionen in den „Landbezirken“ eingekreist.

Lin Piao versprach den armen Ländern keineswegs, daß China für sie kämpfen werde. Er gab ihnen vielmehr den Rat, sie sollten sich „auf die eigenen Kräfte verlassen“. Wenn man diesen Artikel Lin Piaos im Zusammenhang mit den gegenwärtigen Ereignissen in China aufmerksam liest, dann bemerkt man, daß er lediglich die grundlegenden Lehrsätze der Strategie von Mao Tse-tung für den Fall eines

Angriffs von außen wiederholt, nicht aber eine Doktrin entwickelt, die China der „Dritten Welt“ mit Gewalt aufzuzwingen beabsichtigt.

Die Aufgabe Lin Piaos bestand darin, zwischen der Partei und der Armee eine möglichst enge Verbindung herzustellen. Den ersten Zeitabschnitt seiner Herrschaft kennzeichnete eine Wirtschaftskrise, die zum Teil durch den Bruch zwischen der Sowjetunion und der Volksrepublik China hervorgerufen worden war. Er begann die Armee, die in ein Stadium tiefster Demoralisierung geriet und gegenwärtig etwas weniger als eine Million Parteimitglieder hat, stufenweise zu reformieren und zu „demokratisieren“. Mit der inzwischen erfolgten Ausrottung des „Kastengeistes“ der Offiziere gingen auch deren Vorrechte verloren.

Die Rolle Lin Piaos in der „großen proletarischen Kulturrevolution“ beschreibt Edgar Snow folgendermaßen:

„Lin Piao wollte aus der Roten Garde einen paramilitärischen Gehilfen der Chinesischen Volksbefreiungsarmee machen. Eine neue Konzeption? Nicht ganz. Denn die Rote Garde ist ein Bestandteil der Partisanentradition. Zur Zeit des Bürgerkriegs verfügte jedes rote Dorf über eine eigene Abteilung der Roten Garde, die von Parteiführern und Kommissaren geleitet wurde. Aber wozu ist die Rote Garde heute da? Kehrt das Regime zum Partisanenkrieg — diesmal gegen sich selbst — zurück?“

Im Hinblick auf den eigentlichen Zweck der von Lin Piao geführten Roten Garde stellt Edgar Snow eine Reihe von Erwägungen an, mit deren Hilfe er sich bemüht, eine Antwort auf die Kernfrage zu finden: „Was haben die jüngsten Ereignisse in China zu bedeuten?“

Snow schreibt hierzu:

„Waren die parteilosen Millionen nötig, um dreiste Maßnahmen solcher Art zu treffen wie die Umbenennung von Straßen, die Kritik an Kleidung und Haarschnitt der Leute, die Veranstaltung von Demonstrationen vor der Botschaft der Sowjetunion, die Schließung der Schulen für Diplomatenkinder und die Verwüstung des Ausländerfriedhofs? Diese Vorgänge tarnten offenbar ein weit raffinierteres

Ziel. Vom Standpunkt Chinas aus", so fährt Edgar Snow fort, „erweist es sich gegenwärtig als sehr wahrscheinlich, daß die USA einen großen Krieg provozieren wollen.“ Diese Gefahr ist nach Snows Ansicht die unmittelbare Ursache der Krise in der chinesischen Führung. Dieser Krise verdankt Lin Piao seine Ausnahmestellung, deren Charakter möglicherweise sogar für die Mehrheit der Chinesen nicht klar ist.

Hat die gegenwärtige Säuberung als Antwort auf die Schachzüge der rechten „Revisionisten“ in Armee und Partei zu gelten, welche sich darum bemühten, für die sowjetisch-chinesische Zwietracht irgendein Heilmittel ausfindig zu machen? Oder sollte durch die gegenwärtige

Säuberung die aus Armee und Partei gebildete linke Koalition abgewürgt werden, welche — durch unverzügliche Mobilisierung und direkte militärische Unterstützung Nordvietnams — zu „Konfrontationen mit dem Feind an den Grenzen des Landes“ aufforderte?

„Wenn wir“ — so faßt Snow abschließend zusammen — „das Verhalten Lin Piaos richtig interpretieren, dann müssen wir feststellen, daß er angesichts einer schweren Belastungsprobe, zu der die von außen drohende Gefahr für die Volksrepublik China wird, den politisch-ideologischen Krieg um die Einheit der Führung an der inneren Front gemeinsam mit Mao Tse-tung fortsetzt.“

Analyse des Snow-Artikels in der Warschauer Zeitschrift „Kultura“

Die vorangegangene Darstellung entspricht im wesentlichen der kurzgefaßten Wiedergabe des Snow-Artikels durch die polnische Wochenschrift für Gesellschaft und Bildung „Kultura“ (Warschau), die darüber am 15. Januar 1967 berichtete¹⁾. Sie hebt folgende Gesichtspunkte hervor:

I. Lin Piao habe niemals den Ehrgeiz gehabt, die Nachfolge Mao Tse-tungs anzustreben.

II. Lin Piaos aufsehenerregender Artikel vom 3. September 1965 „Es lebe der Sieg im Volkskrieg“ wiederhole lediglich die grundlegenden Lehrsätze der Strategie Mao Tse-tungs für den Fall eines Angriffs von außen.

III. Dem entspreche nach Lin Piao, daß die Völker der armen Länder in Asien, Afrika und Lateinamerika die Revolutionen ihrer nationalen Befreiungsbewegungen selbst machen und sich dabei auf ihre eigenen Kräfte verlassen müßten.

IV. Lin Piaos besondere Aufgabe bestehe darin, die infolge des sino-sowjetischen Bruchs demoralisierten Streitkräfte der Chinesischen Volksbefreiungsarmee wieder möglichst eng mit der Kommunistischen Partei Chinas zu verbinden, die diesen außenpolitischen Konflikt zu vertreten habe.

V. Der Roten Garde komme als paramilitärischer Massenorganisation die Funktion zu, die

¹⁾ Clowiek u boku Mao Tse-Tunga (Der Mann an der Seite Mao Tse-tungs); ohne Verfasserangabe, in: „Kultura“, Warschau, V, 3, 15. Januar 1967, S. 2.

Gefahr eines von den USA planmäßig provozierten Großkriegs — nach Snows Ansicht unmittelbare Ursache der chinesischen Führungskrise — zu verschleiern.

VI. Die in China zur Zeit stattfindende Kadersäuberung könne sich sowohl auf die „rechten Revisionisten“ in Armee und Partei beziehen, um deren Ausgleichsbemühungen im sino-sowjetischen Konflikt zu unterbinden, als auch gegen eine „linke Koalition“ von Armeeführern gerichtet sein, die das durch direkte militärische Unterstützung Nordvietnams provozierte Risiko einer bewaffneten Konfrontation mit den USA an den Grenzen Südchinas offensichtlich nicht nur für kalkulierbar, sondern sogar für erwünscht zu halten scheinen.

VII. Die der Volksrepublik China von außen — das heißt vornehmlich von den USA — drohende Gefahr eines Großkriegs stelle das eigentliche Kriterium des Verhaltens von Lin Piao dar und zwingt ihn angesichts dieser schweren Belastungsprobe für sein Land, den politisch-ideologischen Kampf um die Einheit der chinesischen Führung im Innern kompromißlos an der Seite Mao Tse-tungs fortzusetzen.

Soweit die publizistischen Sachverhalte — zum einen des Snow-Artikels in „The New Republic“, zum anderen dessen selektiver Würdigung in der Warschauer „Kultura“ — und ihre Aussagenanalyse.

Sie bedürfen jedoch in mancher Hinsicht einer kritischen Korrektur:

Das Argument der Kriegsgefahr — Symptom eines innenpolitischen Machtkampfes

I. Die Frage, ob Lin Piao den Ehrgeiz habe, Mao Tse-tungs Nachfolge anzustreben, deckt sich zwar nicht mit derjenigen, ob innerhalb der chinesischen Führung zur Zeit ein erbitterter Machtkampf stattfindet, scheint aber gleichwohl zu dem Zweck gestellt und beantwortet worden zu sein, um diese Behauptung zu entkräften und das Motiv der innenpolitischen Auseinandersetzung mit der drohenden Gefahr eines Großkriegs der USA gegen die Volksrepublik China in Verbindung bringen zu können. Diese Taktik ist nicht nur keineswegs neuartig, sondern für totalitär beherrschte Gesellschaften geradezu wesenskonstitutiv. Wie Herbert Dinerstein in einer gründlichen Untersuchung dieses Themas unter dem Gesichtspunkt der sowjetischen Innenpolitik von 1953 bis 1957 schon vor einem Jahrzehnt überzeugend dargelegt hat, scheint das diesbezügliche Alarmgeschrei „auf die Schlußfolgerung hinzuweisen, daß öffentliche Erklärungen über die Kriegsgefahr ... oft aus innenpolitischen

Gründen abgegeben werden, wobei es gleichgültig ist, ob hinter diesen Äußerungen vielleicht gleichzeitig eine echte Furcht vor dem Kriege steht“. Was die Sowjetunion betrifft, so „standen die Alarmrufe in einigen Fällen — etwa im Jahre 1957 — offensichtlich in keinem Verhältnis zur internationalen Lage und wurden nur als Waffe in internen Auseinandersetzungen angewandt“²⁾, das heißt: sie dienten in der Regel nur als Vorwand zu dem Zweck, einen Rivalen oder Abtrünnigen auszuschalten. Da auch Lin Piao sich — im Einvernehmen mit Mao Tse-tung — des Arguments von der drohenden Kriegsgefahr bedient, dürfte mithin der Nachweis erbracht sein, daß die seit Herbst 1965 in der Volksrepublik China beobachteten Ereignisse analog den von Dinerstein seinerzeit für die Sowjetunion ermittelten Kriterien um nichts weniger als Symptome eines erbitterten Machtkampfes zu diagnostizieren sind.

Die chinesische Einkreisungstheorie

II. Es ist zwar zutreffend, daß Lin Piao in seinem Artikel über den Volkskrieg vom 3. September 1965³⁾ im wesentlichen die bekannten Lehrsätze der Strategie Mao Tse-tungs darlegte, was übrigens der damalige Generalstabschef der Chinesischen Volksbefreiungsarmee, Lo Jui-tsching, anläßlich des 20. Jahrestages der Kapitulation des faschistischen Deutschland Anfang Mai 1965 bereits vor ihm getan hatte⁴⁾. In seiner Theorie der Einkreisung des Imperialismus ging Lin Piao jedoch nachweislich weit über den bis dahin auf China selbst beschränkt gebliebenen Geltungsbereich der in den drei Bürgerkriegsphasen (1924—1927, 1927—1936 und 1946—1949) erprobten Konzeption Mao Tse-tungs hinaus,

wonach die Machteroberung durch zunächst vorgesehene Errichtung revolutionärer Stützpunkte in den ländlichen Gebieten und anschließende Einkreisung der Städte vom Lande her erfolgen sollte und auch tatsächlich erfolgte.

Die Ausgangspunkte dieser Betrachtungsweise lagen — wie man weiß — bei Nikolaj Bucharin (1888—1938), der in den zwanziger Jahren wiederholt — so auf der Sitzung der Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale am 2. April 1925 und drei Jahre später in dem auf der 46. Komintern-Sitzung am 1. September 1928 angenommenen Programm der Kommunistischen Internationale — erklärt hatte, daß die Widersprüche in der Weltwirtschaft nichts anderes wären als Gegensätze zwischen der „Weltstadt“, das heißt den Zentren der modernen Industrie, und dem „Weltdorf“, das heißt der kolonialen Peripherie dieser Zentren, sowie daß den Kolonien und Halbkolonien in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus eine besondere Bedeutung zukäme, weil sie gegenüber den Industrieländern, die in der internationalen Wirtschaft die Rolle der „Weltstadt“ spielten, das „Weltdorf“ darstellten⁵⁾.

Neu war an der von Lin Piao entwickelten Einkreisungstheorie lediglich — und aller-

²⁾ Herbert S. Dinerstein, *War and the Soviet Union* (1958); deutsch: *Der Krieg und die Sowjetunion — Die Atomwaffen und der Wandel im militärischen und politischen Denken der Sowjets*, Köln-Berlin 1960, S. 189.

³⁾ Vgl. Lin Piao, *Es lebe der Sieg im Volkskrieg*, in: *Jen-min Jih-pao* (Peking), 3. September 1965, sowie in: *Hung-ch'i* (Peking), Nr. 10 (166) 1965, S. 1—28.

⁴⁾ Vgl. Lo Jui-tsching, *Gedenket des Sieges über den deutschen Faschismus! Führt den Kampf gegen den US-Imperialismus bis zum Ende!*, in: *Hung-ch'i* (Peking), Nr. 5 (163), 1965, S. 1—14.

⁵⁾ Vgl. Bucharin und die Komintern im neuen chinesischen Gewande (Textauszüge), in: *Ost-Probleme* (Bonn), XVIII, 8 (1966), S. 239.

dings — die Tatsache, daß sie für die Partisanenstrategie Mao Tse-tungs ausschließlich internationale Geltung in Anspruch nahm, zu einem weltweiten Volkskrieg gegen die USA als den imperialistischen Hauptfeind aufrief, Vietnam als den gegenwärtigen Brennpunkt dieses weltweiten Volkskriegs bezeichnete und die Vereinigten Staaten zum Großangriff auf China herausforderte. Die Absicht der chinesischen Führung, über die Volkskriegsideologie aus ihrer Position militärischer Unterlegenheit politischen Nutzen zu ziehen und in einem langwierigen Kampf mit anfänglich geringen Mitteln das äußerst ehrgeizige Ziel einer Einkreisung des Imperialismus zu erreichen, war für aufmerksame Beobachter der chinesischen Vorgänge schon Anfang des Jahres 1965 deutlich erkennbar.

Morton Halperin (Harvard University) und Tang Tsou (University of Chicago), die zu diesem Zeitpunkt in einem ausführlichen Artikel der „American Political Science Review“ (New York) über Mao Tse-tungs revolutionäre Strategie und Pekings internationales Verhalten die Vorstufen der chinesischen Einkreisungspolitik beschrieben, stellten hierzu sehr scharfsichtig fest, daß „der Schlüssel zum Verständnis der Außenpolitik des kommunistischen China . . . in Maos revolutionärer Strategie und ihrer Projizierung nach außen“⁶⁾ liege. Lo Jui-tsching, bis Juli 1966 Lin Piaos Generalstabschef, hatte im Mai 1965 zwar ebenfalls die Thesen der Volkskriegskonzeption vorgetragen, sich aber jedes Versuchs zu einer solchen Projizierung nach außen strikt enthalten. Dies mußte ihn in den Augen des Verteidigungsministers, vom „großen Oberkommandierenden“ der Chinesischen Volksbefreiungsarmee ganz zu schweigen, für die

Zukunft disqualifizieren. Auf der Konferenz der Politischen Generalabteilung der VBA über die politische Arbeit in der Chinesischen Volksbefreiungsarmee, die vom 30. Dezember 1965 bis zum 18. Januar 1966 unter Vorsitz ihres Leiters, Hsiao Hua, in Peking tagte, trat daher der Stellvertretende Generalstabschef, Jang Tscheng-wu, seit August 1966 Lo Jui-tschings Nachfolger im Amt, bereits sichtbar in den Vordergrund. Zugleich begann im Sinne der fünf Grundsätze des auf dieser Konferenz beschlossenen Arbeitsprogramms der Volksbefreiungsarmee (VBA) für das Jahr 1966 die Säuberung der Streitkräfte von unzuverlässigen Kommandeuren und die Überprüfung der militärischen Schlüsselpositionen⁷⁾.

Die entscheidende Forderung der Partei auf dieser Konferenz, ihre absolute Kontrolle über die Streitkräfte sei in vollem Umfang wiederherzustellen, „damit die Gewißheit besteht, daß die Linie, die Prinzipien und die Politik der Partei in der Armee konsequent angewendet werden“⁸⁾, bezog sich unverkennbar auf die langfristige außenpolitische Zielsetzung, mit Hilfe der Volkskriegsideologie eine den Imperialismus umklammernde Einheitsfront der „Weltdörfer“ gegen die „Weltstädte“ zustande zu bringen. Aus diesen Sachverhalten ergibt sich, daß Lin Piao in seinem Artikel vom 3. September 1965 keineswegs nur defensiv die grundlegenden Lehrsätze der Strategie Mao Tse-tungs für den Fall eines Angriffs von außen wiederholte, sondern daß die Internationalisierung der Volkskriegskonzeption, das heißt deren Projektion nach außen, entgegen weitläufig vertretener publizistischer Ansicht offensiven Charakter hat und als revolutionäre Weltstrategie zumindest politisch höchst aggressive Merkmale aufweist.

Vietnam als Testfall der Projektion des Volkskriegskonzepts nach außen

III. Was die Unterstützung der nationalen Befreiungsbewegungen von seiten der Volksrepublik China betrifft, so hat Lin Piao unter Berufung auf Mao Tse-tung zwar in der Tat

den Grundsatz vertreten, daß die Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas in ihrem revolutionären Befreiungs- und Unabhängigkeitskampf nur auf die eigene Kraft vertrauen sollten, und in diesem Zusammenhang erklärt, daß auch Hilfe aus sozialistischen Ländern keine Garantie für den Sieg sei.

⁶⁾ Morton H. Halperin und Tang Tsou, Mao Tse-tung's Revolutionary Strategy and Peking's International Behavior, in: The American Political Science Review (New York), LIX, 1 (1965), S. 80—99, hier S. 80.

⁷⁾ Vgl. Die Konferenz der Chinesischen Volksbefreiungsarmee über politische Arbeit (ohne Verfasserangabe), in: Peking Rundschau (fortan: PR; Peking), III, 5 (1966), S. 6—8.

⁸⁾ Die Konferenz der Chinesischen Volksbefreiungsarmee über politische Arbeit (ohne Verfasserangabe), in: PR (Peking), III, 5 (1966), S. 7.

Seine Ausführungen zum vietnamesischen Testfall der Volkskriegsstrategie, dem unmißverständlich die Funktion zugeordnet ist, die Besiegbarkeit des US-Imperialismus zu beweisen, stellten aber außer Zweifel, daß hier ein fundamentales Interesse der Volksrepublik China am sozusagen experimentellen Prü-

fungsergebnis der Stichhaltigkeit dieser These im Spiel ist, mit deren erfolgreicher und überzeugender Verifikation die revolutionäre Glaubwürdigkeit der chinesischen Einkreisungstheorie steht — und fällt: Die armen und unterdrückten Völker der Welt sollten klar erkennen, daß sie zu dem, was das vietnamesische Volk kann, ebenfalls fähig seien. Vietnam habe vor der Geschichte bereits den Nachweis erbracht, daß der Volkskrieg gegen den Imperialismus die wirksamste Waffe darstelle. Alle Völker würden nach diesem Vorbild lernen, wie man gegen ihn und seine Gefolgschaft einen Volkskrieg führen könne und müsse.

Diese Argumentation verrät abermals die offensive und aggressive Absicht der revolutionären Einkreisungstheorie. Früher pflegte man ihr Instrumentarium bekanntlich als

„fünfte Kolonne“ zu bezeichnen. Die ganz andere Frage, ob der innenpolitische Machtkampf die chinesische Führung vorerst daran hindert, ihre ehrgeizigen Pläne zu verwirklichen, und ob die mit dieser Auseinandersetzung verbundenen Ereignisse gewisse Sympathien bestimmter Volksgruppen in Entwicklungsländern für Lin Piaos Aufruf zu einer weltrevolutionären Einheitsfront im Sinne der Projektion des chinesischen Einkreisungskonzepts nach außen beeinträchtigt oder sogar eine ernüchternde Furcht vor der Unberechenbarkeit seiner Begleiterscheinungen und Folgen provoziert haben, vermag die Erkenntnis des offensiven und aggressiven Charakters der außenpolitischen Absichten der Volksrepublik China zumindest so lange nicht zu irritieren, wie sie von Mao Tse-tung und Lin Piao geführt wird.

Differenzen zwischen der militärischen und politischen Führung

IV. Zweifellos gehörte die Artikulierung des absoluten Kontroll- und Führungsanspruchs der Partei in dem zwischen ihr und der Armee bestehenden Machtverhältnis zu den vordringlichsten Aufgaben Lin Piaos. Die Lösung dieses schwierigen Problems wurde ihm jedoch nicht erst im Verlaufe des Jahres 1965 anvertraut, als seine nach dem 11. Plenum des VIII. Zentralkomitees der KPCh (vom 1. bis zum 12. August 1966) definitive Ausnahmestellung innerhalb des chinesischen Staatsapparates erstmalig sichtbar zu werden begann. Er hatte diesen Auftrag vielmehr schon mit seiner Ernennung zum Verteidigungsminister übernommen, die augenscheinlich kurz nach dem Lushan-Plenum des Zentralkomitees vom August 1959 erfolgt war. Jedenfalls wurde am 17. September des gleichen Jahres bekannt, daß Marschall Peng Teh-huai, bis dahin der Inhaber dieses Amtes (seit September 1954), mit Generalstabschef Huang Kotscheng und einigen anderen hohen Offizieren inzwischen zurücktreten mußte, weil er sich, von diesen unterstützt, offensichtlich nicht geschämt hatte, auf dem Lushan-Plenum die Wirtschafts-, Außen- und Militärpolitik der Kommunistischen Partei Chinas heftig zu kritisieren. Die schlimmen Folgen des ein Jahr zuvor verkündeten „Großen Sprungs nach vorn“, eine tiefe Bestürzung angesichts der Vorstufen des Zerwürfnisses zwischen Peking und Moskau, dessen befürchtete Ausweitung sich vor den Augen der sachkundigen Realisten wie ein Abgrund aufzutun begann, sowie der Widerstand der Partei gegen eine Anpassung Chinas und seiner Streitkräfte an die den

Erfordernissen nuklearer Kriegführung Rechnung tragende sowjetische Militärdoktrin hätten hinreichenden Anlaß zu dieser Kritik gegeben.

Aus dem am 22. November 1959 in „Hsin Hunan Pao“ veröffentlichten Artikel über die Armee als ständig verfügbaren Gehilfen der Partei von General Jang Mei-scheng, damals Befehlshaber des Wehrkreises Hunan, ging eindeutig hervor, daß letztere dem abberufenen Verteidigungsminister insbesondere zwei eigenwillige Verhaltensweisen zum Vorwurf machte: 1. seine Opposition gegen die offizielle Wirtschaftspolitik und den Mißbrauch der Streitkräfte zu ihrer Durchführung; 2. seine Opposition gegen eine strenge politische Kontrolle der Armee. Beides stand mit der zugleich virulenten Auseinandersetzung zwischen den Befürwortern eines modernen, den Grundsätzen der technischen Revolution sowie der nuklearen Militärdoktrin entsprechenden Aufbaus der Streitkräfte (Professionalisten) und den Vertretern der alten Volkskriegskonzeption mit ihrer These vom „entscheidenden Faktor“, vom „Vorrang des Menschen gegenüber den Waffen“ (Traditionalisten) in engem Zusammenhang. Was besonders den von Jang Mei-scheng an zweiter Stelle genannten Vorwurf betraf, so war, wie Ellis Joffe in der Harvard-Monographie „Party and Army. Professionalism and Political Control in the Chinese Officer Corps 1949—1964“ nach Unterlagen der geheimen Kommandeurszeitschrift „Kung-tso T'ung-hsün“ bemerkte, „vor der Entlassung Peng Teh-huais das System der

politischen Überwachung, von dem man (bis dahin) angenommen hatte, daß es im großen und ganzen funktionsfähig gewesen sei, in Wirklichkeit weitgehend nur eine Organisation auf dem Papier“⁹⁾.

In dieser Hinsicht kam hier unverkennbar eine gewisse Ähnlichkeit mit den Motiven des zwei Jahre früher (am 2. November 1957) erfolgten Sturzes von Marschall Georgij Schukow als Verteidigungsminister der Sowjetunion zum Vorschein. Dem somit offenbar erheblichen Mangel an politischer Kontrolle innerhalb der Chinesischen Volksbefreiungsarmee begann Lin Piao nun energisch abzuhelfen. Besonders seit 1963 bestand das Regime mit wachsender Hartnäckigkeit auf dem Vorrang der Politik, ohne in seinem für die Zeit nach dem „Großen Sprung“ charakteristischen Verhalten gegenüber den militärischen Spezialisten eine wesentliche Veränderung erkennen zu lassen.

Wie Joffe in seiner höchst aufschlußreichen Studie hinsichtlich dieser Frage zusammenfassend feststellte, „unternahm die Führung (der Chinesischen Volksbefreiungsarmee beziehungsweise ihrer Politischen Generalabteilung) nach dem Amtsantritt von Marschall Lin Piao als Verteidigungsminister einen allumfassenden Versuch zu einer wirksameren politischen Überwachung der Streitkräfte, mit dessen Ergebnissen sie vermutlich durchaus zufrieden ist. Zugleich gewinnt man den Eindruck, daß die bedeutenderen Differenzen zwischen der Führung und den Offizieren auf Kommando-Ebene gegenwärtig geklärt oder zumindest gedämpft sind. Wenn man in diesem Zusammenhang berücksichtigt, daß einerseits die Parteikontrolle gefestigt und andererseits die Bedeutung der militärischen Spezialisten erkannt worden ist, dann spricht der vorgenannte Eindruck wahrscheinlich für einen in den letzten Jahren erfolgten Ausgleich der Beziehungen zwischen Partei und Armee.“¹⁰⁾ Jedoch lagen, wie Ellis Joffe in seiner Zusammenfassung einschränkend betonte, zu Beginn des Jahres 1965 „keinerlei Anzeichen dafür vor, daß man die Ursachen der potentiellen Span-

nung beseitigt hat, welche in unterschiedlichen Ansichten über Doktrin und Organisation (der Streitkräfte) bestehen“¹¹⁾. Was diesen entscheidenden Sachverhalt betraf, so hatte das Zugeständnis der Führung im Hinblick auf eine dringend notwendige und geforderte Modernisierung der Chinesischen Volksbefreiungsarmee „nicht zur Folge, daß die Partei (auch) bereit gewesen wäre, sich von vielen fundamentalen Begriffen zu trennen, die zu den typischen Merkmalen der (früheren) Aufstandsarmee gehörten. Diese Begriffe entsprachen im wesentlichen dem Glauben daran, daß trotz der außerordentlichen Bedeutung von Waffen der Faktor Mensch den schließlichen Ausgang eines Krieges definitiv entscheide.“¹²⁾

So stand es — nach dem Urteil Joffes — zu Beginn des Jahres 1965 um das Verhältnis von Partei und Armee. Die erfolgte Wiederherstellung der Balance zwischen der Forderung nach einer modernen Berufstruppe einerseits sowie derjenigen nach politischer Mobilisierung und „Revolutionierung“ der Streitkräfte andererseits, beziehungsweise zwischen dem „Professionalismus“ der militärischen Truppenführung einerseits sowie der auf „politischer Bewußtheit“ beruhenden „Amateur“strategie und -taktik der früheren Aufstandsarmee mit ihrem von Mao Tse-tung entwickelten und heute vorwiegend von der bewaffneten Miliz vertretenen Volkskriegskonzept andererseits ließ trotz aller Konsolidierung, die Lin Piao seit der im Herbst 1960 — vom 14. September bis zum 20. Oktober — durchgeführten erweiterten Konferenz der (neuen) Militärkommission (The Standing Committee of the Military Affairs Committee) zu erreichen vermochte, wegen der vorgenannten Unwägbarkeiten einen hohen Grad an Labilität erkennen. Die Chance, das unerwünschte Eintreten eines ernstlichen Spannungszustands im Verhältnis von Partei und Armee zu vermeiden, hing offensichtlich von der Aufrechterhaltung eines gewissen Gleichgewichts zwischen den unvereinbaren Forderungen nach Modernisierung einerseits und politischer Kontrolle andererseits ab. „Und dies, so scheint es, (war) genau der Auftrag, den Marschall Lin Piao mit so eindrucksvollem Resultat erfüllt hat.“¹³⁾

⁹⁾ Ellis Joffe, *Party and Army: Professionalism and Political Control in the Chinese Officer Corps 1949—1964*, Harvard East Asian Monographs, Cambridge (Mass.) 1965, 198 S.; hier S. 137 (fortan: PaA).

¹⁰⁾ Ellis Joffe, PaA, S. 146.

¹¹⁾ Ellis Joffe, PaA, S. 146.

¹²⁾ Ellis Joffe, PaA, S. 147.

¹³⁾ Ellis Joffe, PaA, S. 150.

Vorbereitung auf einen Großkrieg mit den USA?

V. Auf der 10. Plenartagung des VIII. Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas (im September 1962), die den Angriff auf den „modernen Revisionismus“ eröffnete, hatte Mao Tse-tung erklärt, daß es, um eine politische Macht zu stürzen, stets und vor allem notwendig sei, eine entsprechende öffentliche Meinung zu schaffen und zu diesem Zweck auf dem Gebiet der Ideologie aktiv zu werden. Bezeichnenderweise wurde diese Feststellung im 1. Abschnitt des Beschlusses über die große proletarische Kulturrevolution, den das ZK der Kommunistischen Partei Chinas während des 11. Plenums des VIII. Zentralkomitees am 8. August 1966 billigte, wörtlich zitiert¹⁴⁾. Wie Abschnitt 1 dieses Beschlusses zur Konkretisierung des unbestimmten Personenkreises, gegen den die öffentliche Meinung präpariert und mobilisiert werden sollte, näher ausführte, bestand — zumindest ursprünglich — das erklärte Ziel der chinesischen Kulturrevolution darin, 1. jene Leute an der Macht, die angeblich den kapitalistischen Weg eingeschlagen hatten, bis zur Vernichtung zu bekämpfen, 2. die reaktionären bürgerlichen akademischen „Autoritäten“ sowie die Ideologie der Bourgeoisie und aller anderen Ausbeuterklassen zu kritisieren und zurückzuweisen, schließlich 3. der Erziehung, Literatur und Kunst mit allen anderen der sozialistischen Wirtschaftsbasis nicht entsprechenden Teilen des Überbaus eine neue Form zu geben, um dadurch die Konsolidierung und Weiterentwicklung des sozialistischen Systems in der Volksrepublik China zu fördern. Hinsichtlich des erstgenannten, wichtigsten Zieles wiederholte Abschnitt 5 des Beschlusses über die große proletarische Kulturrevolution auf die rhetorisch gestellte Eröffnungsfrage „Wer sind unsere Feinde?“ noch einmal mit aller Unmißverständlichkeit: „Das Hauptangriffsziel der gegenwärtigen Bewegung sind jene innerhalb der Partei, die an der Macht sind und den kapitalistischen Weg gehen.“¹⁵⁾ Dagegen war von einer Motivation im Sinne der Vorbereitung auf die drohende Gefahr eines amerikanischen planmäßig provozierten Großkriegs in allen 16 Abschnitten dieses Beschlusses nirgends die Rede. Sogar in dem äußerst knappen 15. Abschnitt über die Streitkräfte unterblieb eine derartige Begründung.

Die kulturrevolutionäre Bewegung sollte durch „Entdeckung der Linken“, „Isolierung der Rechten“ und „Gewinnung der Mitte“ die verlorengegangene Einheit der Funktionäre mit den Massen zu mehr als 95 Prozent wiederherstellen (Abschnitt 5). Dieses Vorhaben schien sie mit Hilfe des von der Roten Garde seit Juni/Juli 1966 geführten Partisanenkriegs der Anhänger Mao Tse-tungs gegen beide Gruppen — die etablierten Funktionäre der Partei einerseits und die Massen des Volkes andererseits — Ende des Jahres in der Tat erreicht zu haben, nur anders als es den ursprünglichen Absichten der politischen Machtbehauptung entsprach, deren Exponenten sich nun unversehens der Gefahr einer vereinigten Rebellion von Partei und Volk gegenübersehen. Dieser Augenblick war ohne Zweifel und unverkennbar der Zeitpunkt, zu dem das Argument von einem bevorstehenden Aggressionskrieg der USA gegen die Volksrepublik China in ausdrücklicher Verbindung mit den Zielen der Kulturrevolution eine innenpolitische Rolle zu spielen begann. Das erste Anzeichen für den um diese Zeit eintretenden Wandel der offiziellen Interpretation ihres eigentlichen Zwecks machte sich in einem Artikel von Wang Li, Tschia I-hsueh und Li Hsin über „die Diktatur des Proletariats und die große proletarische Kulturrevolution“ bemerkbar, der am 13. Dezember 1966 in „Hung-ch'i“ (Peking, Nr. 15) erschien und die Motive dieser Bewegung in acht Punkten (gegenüber den 16 Punkten des Beschlusses vom 8. August 1966) zusammenfaßte¹⁶⁾. In Punkt 7 begründeten die Verfasser das erklärte Ziel der chinesischen Kulturrevolution, nämlich die Priorität der proletarischen Politik sicherzustellen und dadurch die revolutionäre Umgestaltung des Denkens der Menschen zu fördern, mit dem Argument, dies sei „die grundlegendste Vorbereitung darauf, einen Aggressionskrieg des US-Imperialismus und seiner Lakaien aussichtslos zu machen“¹⁷⁾. Dementsprechend habe man „die Massen der revolutionären Roten Garden und der jungen Revolutionäre“ als „eine wichtige Reserve der Chinesischen Volksbefreiungsarmee“ zu betrachten¹⁸⁾.

Die politische Führung der Volksrepublik China war sich jedoch auch in diesem kritischen Stadium der kulturrevolutionären Ent-

¹⁴⁾ Vgl. Beschluß des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas über die große proletarische Kulturrevolution (angenommen am 8. August 1966), in: PR (Peking), III, 33 (1966), S. 3—9; hier S. 3.

¹⁵⁾ Ebenda, S. 5.

¹⁶⁾ Wang Li, Tschia I-hsueh und Li Hsin, Die Diktatur des Proletariats und die große proletarische Kulturrevolution, in: Hung-ch'i (Peking), Nr. 15 (13. Dezember) 1966, S. 17—24. Deutsche Fassung in: PR (Peking), III, 52 (1966), S. 18—24.

¹⁷⁾ Ebenda: chinesisch S. 23; deutsch S. 23.

¹⁸⁾ Vgl. ebd.: chinesisch S. 23; deutsch S. 23.

wicklung darüber im klaren, daß die beschworene Kriegsgefahr ihrerseits einer hinreichenden Begründung bedurfte. Was nun diese Begründung betraf, so ergab sie sich, wie der Stellvertretende Ministerpräsident und Außenminister, Marschall Tschen Ji, fünf Tage später — am 18. Dezember 1966 — in seiner Rede auf der Pekinger Massenkundgebung zur Verurteilung der Bombardierung Hanois durch die US-Luftwaffe unmißverständlich darlegte, eindeutig aus der ein Jahr zuvor von Marschall Lin Piao verkündeten neuen chinesischen Einkreisungstheorie, deren wesentlichstes Merkmal, wie bereits ausgeführt, in der Projektion des Volkskriegskonzepts der Strategie und Taktik Mao Tse-tungs auf die politischen Verhältnisse in den Entwicklungsländern, mit anderen Worten: auf die nationalen Befreiungsbewegungen dieser Länder, bestand. Der Zusammenhang zwischen Kriegsgefahr und Vietnam-Konflikt, den Tschen Ji in seiner Rede herstellte, bildete auch die Grundlage zur Rechtfertigung der chinesischen Provokation des „US-Imperialismus“, die ja immerhin selbst nach der Auffassung Pekings als eigentliche Ursache der angeblichen Vorbereitung eines Angriffs der USA auf die Volksrepublik China in Frage kam. Insofern diene die Solidaritätskundgebung sowohl zugunsten des Nordens als auch zugunsten der Nationalen Befreiungsfront im Süden Vietnams vor allem dem Zweck, die Unvermeidbarkeit des Risikos einer direkten Auseinandersetzung mit den Vereinigten Staaten, die durch das militante Verhalten Chinas im Sinne einer kompromißlosen Fortsetzung des Vietnam-Kriegs ununterbrochen herausgefordert wurde, begreiflich zu machen.

Tschen Ji vertrat in diesem Zusammenhang erneut die der Projektion des chinesischen Volkskriegskonzepts nach außen entsprechende Ansicht, daß das vietnamesische Volk „nicht nur für seine eigene nationale Befreiung und Wiedervereinigung“, „sondern auch für die revolutionäre Sache der unterdrückten Völker und Nationen der ganzen Welt“ kämpfe. Die außerordentliche internationale Bedeutung des vietnamesischen Widerstandskriegs gegen die Aggression von seiten der USA beruhe nämlich auf der Tatsache, daß dort der gegenwärtige Brennpunkt des Weltkampfes gegen den US-Imperialismus liege. Deshalb habe die Volksrepublik China — trotz des Risikos einer eigenen bewaffneten Auseinandersetzung mit den Vereinigten Staaten — „die unabwiesbare internationalistische Pflicht, dem vietnamesischen Volke in dessen Widerstandskrieg gegen die US-Aggression und zur Rettung der Nation beizustehen“. Das

vietnamesische Volk könne darauf vertrauen, daß die 700 Millionen Chinesen ihm einen zuverlässigen Rückhalt geben würden und die Weiten Chinas ihm als schützendes Hinterland zur Verfügung stünden. Das chinesische Volk werde sich bestimmt in allen Stürmen und Gefahren mit dem vietnamesischen vereinigen und „gemeinsam mit ihm kämpfen, bis alle US-Aggressoren vom vietnamesischen Boden vertrieben“ seien. Es stehe — wie der Kundgebungsbericht dazu ergänzend ausführte — „jederzeit bereit, an die Front zu marschieren, wenn das vietnamesische Volk dies verlangt“.

Zum Nachweis der Glaubwürdigkeit solchen Versprechens erklärte Tschen Ji des weiteren, die große proletarische Kulturrevolution sei die grundlegendste Maßnahme zur Vorbereitung des chinesischen Volkes auf einen Krieg, in dem es dem vietnamesischen Volke Unterstützung und Hilfe gewähren und der Aggressionsausweitung von seiten des US-Imperialismus entgegenwirken könne. Im Sinne dieser neuen Zielsetzung versicherten Ministerpräsident Tschou En-lai und Marschall Lin Piao dem Vorsitzenden des ZK-Präsidiums der Nationalen Befreiungsfront Südvietnams, Nguyen huu Tho, sowie dem Leiter ihres ZK-Militärrats, Tran nam Trung, in ihren Botschaften vom 19. Dezember 1966, daß die Volksrepublik China fest entschlossen sei, das Äußerste an nationalen Opfern auf sich zu nehmen, um das vietnamesische Volk in seinem Kampf gegen die amerikanische Aggression und zur Rettung der Nation bis zum Ende tatkräftig zu unterstützen.

Diese Bereitschaftsbekundungen waren an sich nichts Neues. Schon am 3. Juli 1966 hatte die Regierung der VRCh im Zusammenhang mit dem Luftkrieg der USA über Nordvietnam eine offizielle Erklärung herausgegeben, in der es hieß, daß ihrer Vietnam-Unterstützung und -Hilfe angesichts der immer bedrohlicher werdenden Eskalation des von den Vereinigten Staaten geführten Aggressionskriegs „noch weniger Grenzen oder Einschränkungen gesetzt“¹⁹⁾ seien und daß die Volksrepublik China sich vorbehalte, „im Einklang mit den Interessen und Forderungen des vietnamesischen Volkes“ jederzeit die nach ihrem Ermessen notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, da sie dies als ihre proletarische internationalistische Pflicht betrachte, der sie sich niemals entziehen könne. Zwei Tage später, am 5. Juli 1966, hatte „Jon-minh Jih-pao“ (Peking) diese

¹⁹⁾ Erklärung der chinesischen Regierung: Chinas Hilfe an Vietnam im Kampf gegen die amerikanische Aggression wird an keine Grenzen oder Einschränkungen mehr gebunden sein, in: PR (Peking), III, 28 (1966), S. 22—23; hier S. 23.

Erklärung der chinesischen Regierung dahin gehend verdeutlicht, daß jedes Land, welches als Objekt einer von den USA unternommenen imperialistischen Aggression in Betracht komme, sei es nun Vietnam oder ein anderes Land in Asien, Afrika, Lateinamerika oder sonst wo auf der Welt, mit Sicherheit die Unterstützung und Hilfe der Regierung und des Volkes der VRCh erhalten werde: „Sollte diese gerechte Handlungsweise eine US-Invasion gegen China hervorrufen, so werden wir ohne Zögern und Zaudern zurückschlagen“²⁰⁾ — und zwar im Sinne der sogenannten „Human Sea“-Taktik.

Die Nuance der Tschen Ji-Rede und des Berichtes über die Kundgebung vom 18. Dezember 1966 gegenüber der Regierungserklärung vom 3. Juli sowie dem „Jen-minh Jih-pao“-Kommentar vom 5. Juli 1966 bestand offensichtlich in zwei Sachverhalten:

1. Während die Regierungserklärung vom 3. Juli 1966 im Hinblick auf Hanoi Unterstützung zusagte, „bis das vietnamesische Bruder-volk die gesamten amerikanischen Aggresso-

ren aus Vietnam verjagt und den endgültigen Sieg errungen haben“ werde, artikulierte Außenminister Marschall Tschen Ji auf der Pekingener Massenkundgebung vom 18. Dezember 1966 die Bereitschaft des chinesischen Volkes, *selbst* „an die Front (in Vietnam) zu marschieren, wenn das vietnamesische Volk es verlangt“, und „gemeinsam mit ihm zu kämpfen, bis alle US-Aggressoren vom vietnamesischen Boden vertrieben worden“ seien.

2. Während die chinesische Führung im Juli 1966 nur die Möglichkeit einräumte, daß ihre fortgesetzten Versuche, den Modellfall Vietnam zu internationalisieren, das heißt den Einheitsfront-Appell im Sinne einer Projektion des Volkskriegskonzepts nach außen in den Dienst der chinesischen Einkreisungstheorie zu stellen, eine Invasionsabsicht der Vereinigten Staaten gegen China provozieren könnten, schien sie im Dezember 1966 von der Unvermeidbarkeit eines künftigen Zusammenstoßes mit den USA auszugehen oder, genauer, diesen Eindruck in der chinesischen Öffentlichkeit hervorrufen zu wollen.

Kritische Stellungnahme

Halten wir hiernach fest:

1. Der Zusammenhang zwischen dem chinesischen Verhalten in der Vietnam-Frage und der Möglichkeit eines bewaffneten Konflikts der VRCh mit den Vereinigten Staaten stand für Peking lange vor der Artikulierung eines neuen Ziels der chinesischen Kulturrevolution (im Dezember 1966), nämlich der Vorbereitung auf eine militärische Auseinandersetzung mit den USA, außer jedem Zweifel. Dem Vietnam-Krieg war in diesem Zusammenhang nur die Funktion eines Testfalls der chinesischen Einkreisungstheorie zugewiesen, durch den die Entwicklungsländer Asiens, Afrikas und Lateinamerikas von den Chancen der Internationalisierung des Volkskriegskonzepts überzeugt werden sollten, um sie zur Teilnahme an einer revolutionären Einheitsfront gegen den Weltimperialismus (die „Weltstädte“) zu bewegen und damit in den Dienst der von Lin Piao im September 1965 vorgetragenen chinesischen Einkreisungstheorie zu stellen.

2. Das neue Ziel der großen proletarischen Kulturrevolution (seit Dezember 1966) und da-

²⁰⁾ Die USA setzen ihrer Aggression keine Grenzen, und auch unser Widerstand gegen diese Aggression hält sich an keine Grenzen. Leitartikel in „Jen-minh Jih-pao“ (Peking) vom 5. Juli 1966. Deutsch in: PR (Peking), III, 28 (1966), S. 23—27; hier S. 27.

mit die Rolle der Roten Garde als eines paramilitärischen Gehilfen der Chinesischen Volksbefreiungsarmee wird nur verständlich im Sinne der Demonstration einer unmittelbaren Kriegsgefahr aus innenpolitischen Gründen, etwa um die zu diesem Zeitpunkt (der Jahreswende 1966/67) außerordentlich gefährdet erscheinende Einheit des Staates und der Nation durch eine Art chinesischen Patriotismus zu retten. Die im völligen Gegensatz dazu von Edgar Snow vertretene Ansicht, der Roten Garde komme als paramilitärischer Massenorganisation die Aufgabe zu, die Gefahr eines von den USA planmäßig provozierten Großkriegs — nach seiner Auffassung unmittelbare Ursache der chinesischen Führungskrise — zu verschleiern, findet weder in den vorhin untersuchten offiziellen Verlautbarungen noch in deren Hintergründen eine erkennbare Stütze.

3. Es wäre sicher abwegig, wollte man aus der Erklärung Tschen Jis vom 18. Dezember 1966, das chinesische Volk sei bereit, selbst an die Front zu marschieren und mit dem vietnamesischen Volk gemeinsam gegen die „US-Aggressoren“ zu kämpfen, den Schluß ziehen, daß die Machthaber in Peking — zumindest seit diesem Zeitpunkt — ernsthaft an die Unvermeidbarkeit eines bewaffneten Zusammenstoßes der VRCh mit den Vereinigten Staaten geglaubt oder sogar nach einem An-

laß gesucht hätten, um einen solchen Konflikt von sich aus herbeizuführen. Im Gegenteil: Die bedeutsame Formel „Wenn das vietnamesische Volk es verlangt“ verrät, daß sie die Risiken ihrer Vietnam-Politik mit einem hohen Grad von Vorsicht kalkulieren. Denn in der Sache stimmte diese Formel völlig mit derjenigen überein, die der Politische Beratende Ausschuß der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages auf der Bukarester Konferenz vom 4. bis zum 6. Juli 1966 für sein Verhalten hinsichtlich des Vietnam-Konflikts gefunden hatte: „Die Teilnehmer der Konfe-

renz erklärten, daß sie der Demokratischen Republik Vietnam vielseitige Hilfe leisten und leisten werden, die für eine siegreiche Abwehr der amerikanischen Aggression notwendig ist; dazu gehören auch Mittel der Verteidigung. Sie erklärten ferner, ihre Länder seien bereit, eigenen Freiwilligen zu ermöglichen, daß sie sich nach Vietnam begeben können, um das vietnamesische Volk in seinem Kampf gegen die amerikanischen Aggressoren zu unterstützen, wenn die Regierung der Demokratischen Republik Vietnam darum bitten wird.“²¹⁾

Zur Frage der militärischen Bedrohung Chinas durch die USA

VI. Nach Snows Ansicht kann sich die mit der chinesischen Kulturrevolution verbundene Kader-Säuberung sowohl auf die militärischen und politischen Vertreter eines Ausgleichs der VRCh mit der Sowjetunion als auch auf die Wortführer einer bewaffneten Unterstützung Nordvietnams durch die Volksrepublik China beziehen. Was ist von dieser Annahme zu halten?

Die in Abschnitt V geprüften Aussagen scheinen das Urteil zu begründen, daß die chinesische Führung eine bewaffnete Konfrontation mit den USA an den Grenzen Südchinas in der Tat unter allen Umständen vermeiden möchte, ohne freilich ihre Vietnam-Politik revidieren und auf eine Fortsetzung des Volkskriegsexperiments im Sinne der Projektion nach außen verzichten zu müssen. Wenn dem so ist, dann kann logischerweise keine Rede davon sein, daß die Volksrepublik China sich im Ernst durch die Vereinigten Staaten bedroht fühlt, zumindest so lange nicht, wie sie sowohl ihr bisheriges, unnachgiebiges Verhalten in der Vietnam-Frage als auch ihre herausfordernde Politik gegenüber der Sowjetunion bedenkenlos beibehält. Nur Veränderungen in diesen beiden wichtigsten Bereichen der außenpolitischen Artikulation würden — unter Voraussetzung des Führungsduumvirats Mao — Lin — dazu berechtigen, auf Unsicherheitsfaktoren im chinesischen Sicherheitskalkül, das heißt auf den Glauben an eine echte Kriegsgefahr zu schließen.

In diesem Zusammenhang dürften einige Mutmaßungen von Interesse sein, die Morton H. Halperin und John Wilson Lewis in einem gemeinsamen Aufsatz der Zeitschrift „The China Quarterly“ (London) über neue Spannungen im Verhältnis von Armee und Partei während des Zeitraums von 1965 bis 1966 zur Frage der militärischen Bedrohung Chinas

durch die Vereinigten Staaten angestellt haben. Nach ihrer Ansicht trat in dem Verhältnis zwischen Partei und Armee, das seit Wiederherstellung der durch die chinesische Hungerrevolte vom Jahre 1960 ins Wanken geratenen staatlichen Ordnung (Ende 1962) auf einer inneren und äußeren Friedenserwartung beruhte, während des Jahres 1965 eine plötzliche und radikale Wendung ein, die sich — so argumentierten Halperin und Lewis — aus der wachsenden Furcht ergab, daß die Vereinigten Staaten den Vietnam-Krieg auf die Volksrepublik China ausdehnen könnten. „Mit diesem Wandel wurde die Vertrauenswürdigkeit der Armee erneut einer Überprüfung unterzogen. In dieser Hinsicht scheint man die folgenden alternativen Verhaltensmöglichkeiten diskutiert zu haben: 1. China sollte trotz des nur geringen Ausmaßes seiner nuklearen Rüstung²²⁾ und seiner schwachen logistischen Basis in diesem Zeitpunkt versuchen, sich auf die Volksbefreiungsarmee zu verlassen und eine konventionelle Strategie anzuwenden, um eine amerikanische Invasion durch Abschreckung zu verhindern oder zurückzuweisen. 2. Die politische Rolle der Armee sollte hervorgehoben und durch größere strategische Veränderungen — wie den Übergang zu einer engen Kooperation zwischen Volk und Armee unter nachdrücklicher Betonung des strategischen Rückzugs sowie der Partisanenkriegführung auf der Grundlage der Miliz — zum

²¹⁾ Ju. Bočkarev, *Vojna vo V'etname i „global'naja strategija“ Vašingtona* (Der Krieg in Vietnam und die „Globalstrategie“ Washingtons); in: *Kommunist* (Moskau), XLIII, 11 (1966), S. 110—122; hier S. 121.
²²⁾ Die Zeittafel der chinesischen Atomversuche weist folgende Daten auf:

1. Atomversuch: 16. Oktober 1964.
2. Atomversuch: 14. Mai 1965.
3. Atomversuch: 9. Mai 1966.
4. Atomversuch: 27. Oktober 1966 (Gelenkte Rakete mit Kernwaffen-Sprengkopf).
5. Atomversuch: 28. Dezember 1966.

Ausdruck gebracht werden. Oder 3.: Peking sollte auf eine Annäherung an Moskau drängen und zu einer Abschwächung des Vietnam-Konflikts ermutigen, um für die Vorbereitung seiner Verteidigung Zeit zu gewinnen.

Allem Anschein nach schloß man die dritte Möglichkeit schnell aus, wenngleich man annehmen darf, daß dies nicht ohne Meinungsverschiedenheiten zwischen Partei und Armee geschah. Der sino-sowjetische Konflikt war schon zu weit fortgeschritten, als daß er zu dieser Zeit eine Annäherung an Moskau gestattet hätte. Darüber hinaus befürchtete die Partei, daß ein Rückzug den amerikanischen Angriff nur noch wahrscheinlicher machen würde, weshalb sie vor einer Wiederholung der Irrtümer von München warnte. Außerdem hatte (nach Auffassung der Partei) gerade ein größerer Konflikt für die Chinesen insofern einige positive Folgen, als er der dritten Generation die Gefahren des amerikanischen Imperialismus vor Augen führen würde.

Da die Chinesen sich dazu entschlossen, die Fortsetzung des Vietnam-Konflikts zu unterstützen, wandten sie ihre Aufmerksamkeit zum Zwecke der Vorbereitung auf eine amerikanische Invasion den Beziehungen von Partei und Armee zu.²³⁾

Soweit die Wiedergabe der Auffassung von Halperin und Lewis zur Frage der chinesischen Kriegsfurcht, die der Interpretation von Snow offensichtlich sehr nahekommt. Das Wahrscheinlichkeitskalkül ihrer Hypothese kann jedoch nicht recht einleuchten — und zwar aus folgenden Gründen: 1. Tschien Ji datierte in seiner Rede vom 18. Dezember 1966 das entscheidende militärische Engagement der Vereinigten Staaten in Vietnam auf das Jahr 1964. Die chinesischerseits erfolgten Stellungnahmen zu den sogenannten „Zwischenfällen im Golf von Tongking“, wonach am 4. August und am 18. September 1964 Seegefechte zwischen nordvietnamesischen Patrouillenbooten

und US-Kriegsschiffen in den dortigen internationalen Gewässern stattfanden, enthielten bereits das Argument, daß die Vereinigten Staaten die Absicht hätten, den Krieg in Indochina auszuweiten. „Jen-minh Jih-pao“ (Peking) schrieb damals (am 20. September 1964): „Die chinesische Regierung und das chinesische Volk haben feierlich erklärt, daß eine Aggression der Vereinigten Staaten gegen die Demokratische Republik Vietnam eine Aggression gegen China bedeutet und daß das chinesische Volk durchaus nicht untätig zusehen wird, ohne der DRV zu helfen. Das 650-Millionen-Volk Chinas wird das vietnamesische Volk in seinen gerechten Gegenschlägen gegen die US-Aggressoren und bei der Verteidigung seiner Heimat entschlossen unterstützen.“²⁴⁾ Zu diesem Zeitpunkt wußte man sehr wohl, wohin die Reise gehen würde.

2. Mitte Oktober 1964 wurde Chruschtschow in Moskau gestürzt. Dieses schwerwiegende Ereignis bot bis zum Frühjahr 1965 zweifellos die Chance, den sino-sowjetischen Konflikt durch behutsame Wiederannäherung ohne Gesichtsverlust für die Volksrepublik China zu neutralisieren und der Chinesischen Volksbefreiungsarmee den nötigen Zeitgewinn zu verschaffen, um die von ihr geforderte Modernisierung der Streitkräfte durchzuführen und angesichts des ersten chinesischen Atomversuchs vom 16. Oktober 1964 eine nukleare Militärdoktrin entwickeln zu können. Die Schutzfunktion des sowjetischen Kernwaffen-Potentials und der damit verbundenen Abschreckung hätten dies durchaus möglich gemacht. 3. Zumindest aber wäre, sofern man der Hypothese von Halperin und Lewis folgen will, zu erwarten gewesen, daß die chinesische Führung, unterstellt man ihr ab Mitte 1965 eine echte Kriegsfurcht vor den USA, das sino-sowjetische Zerwürfnis auf dem zu diesem Zeitpunkt erreichten Stande eingefroren hätte, um den Rücken freizubehalten. Das Gegenteil trat ein.

Zur Frage des sowjetischen Waffentransits durch China nach Vietnam

Die chinesische Führung ging, wie sie von Außenminister Marschall Tschien Ji auf der vielbeachteten Pressekonferenz vom 29. September 1965 und auch durch dessen Interview mit dem Peking-Korrespondenten der japanischen Zeitung „Akahata“ (Tokio), Takano Yoshihisa, vom 30. Dezember 1965 bekunden

ließ, unerschrocken zum propagandistischen Zweifrontenkrieg ohne Pardon über. Von diesem Augenblick an begann hinsichtlich der Sowjetunion die Frage des Waffentransits nach Vietnam als Mittel zur Diffamierung ihrer Unterstützungsbereitschaft wie auch als Versuch, die UdSSR zu einer direkten Kon-

²³⁾ Morton H. Halperin und John Wilson Lewis, *New Tensions in Army-Party Relations in China (1965—1966)*, in: *The China Quarterly* (London), VII, 26 (1966), S. 58—67; hier S. 60.

²⁴⁾ Das neue Abenteuer des USA-Imperialismus muß eingestellt werden. Leitartikel in „Jen-minh Jih-pao“ (Peking) vom 20. September 1964, deutsch in: *PR* (Peking), I, 2 (1964), S. 12—13; hier S. 13.

frontation mit den USA auf See zu zwingen (Kuba-Beispiel), in chinesischen Verlautbarungen eine bevorzugte Rolle zu spielen. Nach der von Tschien Ji in seinem „Akhata“-Interview vom 30. Dezember 1965 hierzu vertretenen Ansicht stünde außer Zweifel, daß die sowjetischen Führer das eigentliche Problem der Waffenhilfe für Vietnam sorgsam mieden, wenn sie die wichtige politische Frage der Unterstützung des vietnamesischen Volkes im Kampf gegen die amerikanische Aggression und um die Rettung der Nation vorsätzlich auf diejenige des Durchgangstransports der materiellen Hilfe für Vietnam reduzierten. Aber sogar in diesem Punkt wären sie völlig im Unrecht: „Die sowjetischen Führer behaupten ständig, daß die Sowjetunion mit Vietnam keine gemeinsame Grenze hat und alle materielle Hilfe für Vietnam notwendigerweise durch China gehen müsse. Aber das ist nicht richtig. Es gibt zwischen der Sowjetunion und Vietnam einen Seeweg. Warum kann das sowjetische militärische Material für Vietnam nicht (ebenso) wie das anderer Länder auf dem Seeweg verschifft werden? Aber die Sowjetunion wagt es nicht, den Seeweg zu benutzen.“ Daß diese Provokation unzweifelhaft im Sinne eines militärischen Eingreifens der Sowjetunion gemeint war, ergab sich aus einer weiteren Bemerkung, in der Tschien Ji folgendermaßen argumentierte: „Die Sowjetunion ist das größte sozialistische Land Europas. Wollte sie dem vietnamesischen Volk tatsächlich helfen, so könnte sie vielerlei Maßnahmen ergreifen, um die Kräfte der Vereinigten Staaten in mancher Beziehung zu fesseln!“ Dieser Hinweis sollte doch wohl nichts anderes besagen, als daß die Sowjetunion nach chinesischer Ansicht entsprechend den Spielregeln der Interdependenztheorie ohne weiteres in der Lage wäre, starke Verbände der amerikanischen Streitkräfte durch militärische Aktionen in Mitteleuropa zu binden.

Was den sowjetischen Chinatransit nach Vietnam betraf, der am 30. März 1965 durch Unterzeichnung eines zwischen der UdSSR und der VRCh vereinbarten Protokolls geregelt wurde, nachdem die Sowjetunion am 25. Februar 1965 bei der chinesischen Regierung zum erstenmal um kostenlose Bereitstellung von Schienentransportraum zur Beförderung von Kriegsgerät und technischem Personal von der chinesisch-sowjetischen an die chinesisch-vietnamesische Grenze ersucht hatte, so kam es in dieser Frage alsbald zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Moskau und Peking, weil die sowjetische Wochenzeitschrift „Za rubežom“ (Moskau, Nr. 50 [10. bis 16. Dezember] 1965) kurz vor Jahresende eine Meldung

der „New York Times“ folgenden Wortlauts nachdruckte: „Das kommunistische China verlangt und erhält von der Sowjetunion die Bezahlung der Frachtspesen für die Transitlieferungen von Kriegsmaterial und Arzneimitteln nach Nordvietnam. Dies wurde in asiatischen Kreisen berichtet. Peking verweigerte die Annahme von Zahlungen in Rubeln und verlangte Dollars, die es, wie diese Kreise sagten, für seine Käufe im Ausland benötigt. Dies wurde berichtet, kurz nachdem der Vertreter der Sowjetunion im Politischen Ausschuß der (UN-)Vollversammlung das Wort ergriffen und Nordvietnam weitere wirtschaftliche und militärische Hilfe sowie volle politische Unterstützung versprochen hatte.“

Unter Hinweis auf den Obersten A. A. Schajtan, der als geschäftsführender Vertreter des Sowjetischen Staatskomitees für Wirtschaftliche Beziehungen zum Ausland in Peking für den Chinatransit nach Vietnam verantwortlich war und am 21. Oktober 1965 zu den chinesischen Transportleistungen anerkennend Stellung genommen hatte, berichtete Hsinhua (Peking) am 15. Januar 1966, daß der Stellvertretende chinesische Außenminister Wang Ping-nan den sowjetischen Botschafter in der Volksrepublik China, S. G. Lapin, am 4. Januar 1966 wegen des „Za rubežom“-Artikels zur Rede gestellt und mit einem Protest-Memorandum der chinesischen Regierung bekannt gemacht habe, dessen Annahme Lapin jedoch unter dem Vorwand verweigerte, daß der sowjetischen Wochenschrift die Nachricht der „New York Times“ irrtümlich unterlaufen sei und die sowjetische Regierung für Meldungen in der sowjetischen Presse nicht verantwortlich gemacht werden könne. „Deshalb übermittelte das chinesische Außenministerium am 9. Januar 1966 der sowjetischen Botschaft in China das Memorandum der chinesischen Regierung. Am folgenden Tag sandte die sowjetische Botschaft in China das Memorandum der chinesischen Regierung an das chinesische Außenministerium zurück. Am 11. Januar sandte die chinesische Regierung über die chinesische Botschaft in der Sowjetunion das Memorandum an das sowjetische Außenministerium. Am selben Tag schickte das sowjetische Außenministerium das Memorandum an die chinesische Botschaft in der Sowjetunion zurück.“

Wenige Monate später wiederholte sich dieser Streit dergestalt, daß das chinesische Außenministerium am 3. Mai 1966 eine vom sowjetischen Verteidigungsminister, Marschall Rodion Malinowskij, am 21. April in Ungarn gehaltene Rede zum Anlaß nahm, ihn der Lüge zu bezichtigen, weil er behauptet hatte,

daß die Unterstützung des vietnamesischen Befreiungskampfes noch wirksamer sein könnte, wenn die chinesischen Führer diese Bemühungen nicht behindern würden, und daß die Sowjetunion wegen des Nichtvorhandenseins einer gemeinsamen Grenze mit der Demokratischen Republik Vietnam nur über chinesisches Territorium dorthin gelangen könne. Mag sein, daß die Sowjetunion hier tatsächlich zu einer Schutzbehauptung ihre Zuflucht genommen hatte, um erkennen zu lassen, daß sie nicht bereit sei, über das Risiko einer Konfrontation mit den Vereinigten Staaten auf See oder andere Formen eines direkten militärischen Eingreifens die Gefahr eines neuen Weltkriegs heraufzubeschwören. Mag sein, daß sie sich in unzutreffender Weise des Vorwurfs der Behinderung ihrer Waffenlieferungen durch China bediente, um das kritische Argument zu entkräften, daß Umfang und Qualität ihrer Hilfe für Vietnam weit davon entfernt seien, in einem der sowjetischen Stärke angemessenen Verhältnis zu stehen. Wenn den sowjetischen Stellungnahmen in der Kontroverse um den Chinatransit und dessen Begleiterscheinungen wirklich das Motiv der Vorsicht zugrunde lag, dann hatte Peking kaum eine sachlich gerechtfertigte Veranlassung, das Verhalten Moskaus mit solcher Derbheit zu verurteilen, da die Volksrepublik China sich im Hinblick auf die Frage einer eigenen militärischen Provokation oder Intervention ebenfalls der größten Selbstdisziplin befleißigte, was den Sprecher des chinesischen Außenministeriums freilich nicht hinderte zu erklären, daß die „sogenannte Vietnam-Hilfe“ der revisionistischen sowjetischen Führung „nicht echt“ sei: „Ihr wirkliches Ziel“, so machte er geltend, „ist Opposition gegen China, Vietnam und alle Völker, die an der Revolution festhalten.“

Gleichviel: Die Sowjetunion weigerte sich augenscheinlich, das Volkskriegskonzept der chinesischen Einkreisungstheorie, die ja in der Beschuldigung, Moskau treibe „Opposition

gegen China, Vietnam und alle Völker, die an der Revolution festhalten“, unzweifelhaft artikuliert war, als brauchbares Instrument einer weltweiten Auseinandersetzung mit dem Imperialismus anzuerkennen, während Peking alles tat, um die UdSSR durch ständige Wiederholung des ungeheuerlichen Verdachts ihrer vollendeten Komplizenschaft mit den Vereinigten Staaten schließlich doch noch zu unbedachten Maßnahmen zu reizen, die der VRCh ohne eigenes Risiko zur praktischen Ausweitung des Experimentierfeldes für ihre Volkskriegsideologie verhelfen sollten.

Wie immer man die Sache auch zu betrachten versucht, man gelangt stets zu einem Ergebnis, das die Hypothese von einer seit Mitte 1965 erkennbaren Kriegsfurcht Pekings — erst recht in ihrer extremen Form als ursächliches Motiv der chinesischen Führungskrise und der damit verbundenen kulturevolutionären Ereignisse des Jahres 1966 — wenig glaubhaft erscheinen läßt. Denn Peking war offensichtlich seit Frühsommer 1965 nicht nur fest entschlossen, „die amerikanische Herausforderung anzunehmen“ und das mögliche Übergreifen des Vietnam-Kriegs auf die Volksrepublik China in seine Wahrscheinlichkeitsrechnung einzubeziehen, sondern ohne alle strategischen Rückversicherungsbedenken auch gewillt, „jene zu entlarven, die Vietnam nur scheinbar unterstützen“, und sie „als Komplizen des US-Imperialismus bloßzustellen“. Die Rede Liu Ning-jis auf der internationalen Tagung der 11. Weltkonferenz für das Verbot von A- und H-Bomben am 28. Juli 1965 in Tokio, die Rede des vormaligen Stabschefs der Chinesischen Volksbefreiungsarmee, General Lo Jui-tsching, auf der Feier zum 38. Jahrestag ihrer Gründung am 1. August 1965 in Peking und die Rede des Ministerpräsidenten der VRCh, Tschou En-lai, aus Anlaß der Feier des 5. Jahrestages der Gründung der Nationalen Befreiungsfront Südvietsams am 20. Dezember 1965 in Peking bewiesen dies zur Genüge.

Lo Jui-tschings Versuch einer nuklearen Abschreckung

General Lo Jui-tsching, vom Wochenmagazin „Der Spiegel“ als „Aufpasser der Partei“ in der Armee sowie als „Chinas Berija“ apostrophiert, nur weil er vor seiner Diensttätigkeit als Chef des Stabes Polizeiminister gewesen war, beschränkte sich in seiner Festrede am 1. August 1965 darauf, seine gegen die USA gerichteten Erklärungen vom Mai des gleichen Jahres zu wiederholen, wobei er abermals sorgsam vermied, über den Rahmen der

Selbstverteidigung Chinas hinauszugehen und die Volkskriegsstrategie zu erwähnen, während er offensichtlich großen Wert darauf legte, sich die Argumente einer modernen nuklearen Militärdoktrin zu eigen zu machen: „Wenn die amerikanischen Aggressoren“, so sagte er, „die Stärke und Entschlossenheit des chinesischen Volkes unterschätzen, diesem einen Krieg aufzwingen und es nötigen sollten, die Herausforderung anzunehmen, dann

werden das chinesische Volk und die chinesische Volksbefreiungsarmee, die längst alle Vorkehrungen getroffen haben und in Bereitstellung gegangen sind, es mit ihnen nicht nur bis zum letzten Ende aufnehmen, sondern sie sogar einladen, in großen Massen zu kommen. Je mehr, desto besser!" — Und im Sinne des nuklearen Abschreckungsversuchs: „Wir sind Materialisten. Um die Drohung des US-Imperialismus mit einem Kernkrieg aus der Welt zu schaffen, werden wir fortfahren, die materi-

elle Atombombe (im Unterschied zur geistigen Atombombe der proletarischen Bewußtheit des Volkes und seiner revolutionären Gesinnung) noch besser zu beherrschen." — „Im Besitz der geistigen Atombombe des Volkes plus unserer eigenen materiellen Atombombe haben wir größte Zuversicht, die Aggressions- und Kriegspläne der US-Imperialisten restlos zum Scheitern zu bringen und den Weltfrieden zu erhalten."

Jang Tscheng-wu Rückgriff auf die Volkskriegsstrategie

Auf den Tag genau ein Jahr später trat Jang Tscheng-wu erstmals als „amtierender" Generalstabschef an die Öffentlichkeit. In seiner Rede auf dem Festbankett, das zu Ehren des 39. Jahrestages der Gründung der Chinesischen Volksbefreiungsarmee am 1. August 1966 im Hauptquartier des Generalstabs und bei der Politischen Generalabteilung der VBA in Peking stattfand, machte sich gegenüber den Ansichten seines Amtsvorgängers eine neue Artikulierung bemerkbar. Von nun an bestanden „das Herzstück der militärischen Gedanken und der Linien des Genossen Mao Tse-tung zum Aufbau der Armee" sowie die „glorreiche Tradition" der VBA einzig und allein darin, „der Politik den Vorrang einzuräumen, eine Idee, die Genosse Lin Piao formuliert und auf die er wiederholt Nachdruck gelegt hat". Diese Maxime entsprach unverkennbar den Zielsetzungen der Pekinger Armeekonferenz vom 30. Dezember 1965 bis zum 18. Januar 1966 über die politische Arbeit in der VBA, auf der Jang Tscheng-wu, noch als

stellvertretender Generalstabschef, schon Lin Piao's Konzeption unterstützt und damit gegen den militärischen Professionalismus Lo Juitschings votiert hatte. Man darf vermuten, daß der im Januar 1967 des konspirativen Widerstandes gegen Mao Tse-tung beschuldigte Marschall Ho Lung die Ernennung des Befehlshabers der Garnison Peking-Tientsin zum neuen Stabschef der Armee gerade dieses Votums wegen kritisierte, das Jang Tscheng-wu am 1. August 1966 erklärte Bereitschaft, mit den Methoden der Volkskriegsstrategie militärisch in den Vietnam-Konflikt einzugreifen, unmißverständlich zum Ausdruck brachte. Er betonte in seiner Antrittsrede: „Wir haben (hierzu) alle Vorbereitungen getroffen, Entsprechend den Interessen und Forderungen des vietnamesischen Volkes sind wir bereit, dem Ruf unseres Vaterlandes jederzeit Folge zu leisten und gemeinsam mit dem vietnamesischen Volk Schulter an Schulter zu kämpfen, die Banditen der Aggression entschlossen, gründlich, völlig und restlos zu vernichten."

Der psychologische Zweifrontenkrieg

Damit war die Formel, deren Außenminister Marschall Tschen Ji sich am 18. Dezember 1966 in seiner bereits erwähnten Rede auf der Pekinger Massenkundgebung gegen den Luftkrieg über Nordvietnam bediente, bereits vorweggenommen. Über die Ambivalenz der chinesischen Herausforderung, das heißt über die Nachweisbarkeit eines in militärischer Hinsicht bedenklichen Verhaltens der chinesischen Führung auch gegenüber der Sowjetunion im Rücken ihrer Vietnam- und Amerika-Politik, gab aber, von den vorgenannten Stellungnahmen Liu Ning-jis und Tschou En-lais im Juli und Dezember 1965 ganz abgesehen, die in Anwesenheit von nahezu 300 Journalisten am 29. September 1965 veranstaltete

Pressekonzferenz Tschen Jis noch unmißverständlicheren Aufschluß. Denn die auf dieser Konferenz vom Außenminister der Volksrepublik China vorgetragenen Ansichten ließen daran nicht nur keinen Zweifel, sondern auch eindeutig und allein den Schluß zu, daß Peking entweder ein tollkühnes Hasard zu spielen begonnen hatte oder aber auf den Erfolg einer kaltblütigen Wahrscheinlichkeitsrechnung vertraute, in der das Motiv echter Kriegsfurcht mit Bestimmtheit nicht enthalten war. Tschen Ji sagte im Schlußabschnitt seiner umfangreichen Erklärung der chinesischen Außenpolitik: „Wir sind zum Widerstand gegen eine Aggression der USA vollständig vorbereitet. Wenn die US-Imperialisten entschlossen

sind, uns einen Aggressionskrieg aufzuzwingen, sind sie willkommen, wenn sie recht bald kommen, am besten schon morgen. Sollen die indischen Reaktionäre, die britischen Imperialisten und die japanischen Militaristen mit ihnen zusammenkommen! Sollen die modernen Revisionisten mit ihnen koordiniert von Norden her handeln! Am Ende werden doch wir siegen.“²⁵⁾

Hält man also die Hypothese, daß die Volksrepublik China sich durch die Vereinigten Staaten bedroht fühle und diese Lagebeurteilung zum Anlaß genommen habe, um im Zeichen der Kulturrevolution sowohl eine aus Gründen der inneren Sicherheit als erforder-

lich betrachtete Generalsäuberung der Partei- und Militärkader ins Werk zu setzen als auch aus Gründen heimlicher Furcht eine herausfordernde außenpolitische Sprache zu führen, für erwiesen, dann muß man ihr in gleicher Weise auch eine echte Kriegsfurcht vor der Sowjetunion unterstellen, da die auf den ersten Fall (die USA) angewandte Argumentation, daß jemand (der Personenkreis um Mao Tse-tung), der im Finstern durch den Wald gehe, zu singen pflege, um seine Angst zu überwinden, auch im Hinblick auf den zweiten Fall (die Sowjetunion) richtig wäre. Nach meiner Meinung trifft jedoch weder das eine noch das andere zu.

Die innenpolitischen Motive der chinesischen Kulturrevolution

VII. Gemäß der im vorhergehenden Abschnitt begründeten Ansicht konnte die der Volksrepublik China angeblich drohende Gefahr eines Großkriegs, sei es mit dem amerikanischen, sei es mit dem sowjetischen Gegner, keineswegs als Ursache des seit Herbst 1965 aus China gemeldeten kulturrevolutionären Geschehens und der dadurch bedingten Partei- und Staatsführungskrise in Betracht kommen. Bleibt also noch die Frage nach dem tatsächlichen politischen Motiv der dortigen Ereignisse und Vorgänge.

Seit der Konferenz von Lushan (August 1959), besonders aber seit der 9. Plenartagung des VIII. Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas vom Januar 1961 begann sich die Kritik an den „absurden Ideen“ der revolutionären Generallinie Mao Tse-tungs angesichts der erkennbar verheerenden Folgen des „Großen Sprungs nach vorn“ (Volkskommunen-Beschlüsse des ZK der KPCh vom 29. August und 10. Dezember 1958, letzterer in Verbindung mit der 6. Plenartagung des VIII. Zentralkomitees) sowie der schweren Naturkatastrophen, unter denen China um diese Zeit (1959 bis 1962) drei Jahre hintereinander zu leiden hatte, unüberhörbar zu artikulieren. Den Ausgangspunkt dieses geistigen Widerstandes innerhalb der Partei selbst bildete die „antisozialistische“ dramatische Oper „Hai Jui

wird seines Amtes enthoben“ (Hai Jui paku), deren von dem Historiker und Publizisten Wu Han (stellvertretender Bürgermeister von Peking) besorgter Text die Zeitschrift „Kunst und Literatur Pekings“ (Peiching Wenyi) im Januar 1961 veröffentlichte. Die damals auf zahlreichen chinesischen Bühnen anlaufende Inszenierung dieser rasch zu großem Erfolg gelangenden Oper wurde von dem Theaterkritiker und Rezensenten Liao Mo-scha (Leiter der Abteilung Einheitsfront beim Parteikomitee der Stadt Peking) am 2. Januar und 16. Februar 1961 im „Pekinger Abendblatt“ (Peiching Wan-pao) außerordentlich gelobt. Dieser Durchbruch ermutigte den Chefredakteur der Pekinger Halbmonatsschrift „Die Front“ (Qianxian), Teng To (Sekretär des Pekinger Stadtkomitees der Kommunistischen Partei Chinas), zu seinen unter der Sammelüberschrift „Abendgespräche am Yenshan“ berühmten gewordenen Essays, die in einer äsopischen und anekdotischen Sprache an der offiziellen Generallinie Mao Tse-tungs Kritik übten und unter Hinweis auf historische Beispiele zu einer weisen Staatsführung rieten. Sie erschienen von März 1961 bis September 1962 sowohl in der von ihm geleiteten „Front“ als auch in der „Pekinger Tageszeitung“ (Peiching Jih-pao) und im „Pekinger Abendblatt“ (Peiching Wan-pao). Von Oktober 1961 an bis Juli 1964 folgten in den gleichen Organen die sogenannten „Notizen aus dem Dorf der drei Familien“, für deren literarische Spalte außer Teng To auch Wu Han und Liao Mo-scha gesellschaftspolitische Beiträge lieferten. Alles in allem über 150 Artikel in beiden Rubriken.

²⁵⁾ China ist entschlossen, jedes notwendige Opfer zu bringen, um den US-Imperialismus zu besiegen (Pressekonzferenz des stellvertretenden Ministerpräsidenten der Volksrepublik China, Tschen Ji, vom 29. September 1965), in: PR (Peking), II, 42 (1965), S. 5—14; hier S. 13.

Was besonders die Essays von Teng To betraf, so waren ihre wirkungsvollen Anspielungen auf die Gegenwart Chinas in der Tat höchst vielsagend und aufschlußreich:

In seinem Essay „Wir grüßen die ‚bunt gemischten Gelehrten‘“ vom 26. März 1961 richtete er an die Partei folgende Warnung: „Es wird für uns ein schwerer Verlust sein, wenn wir die große Bedeutung des umfassenden Wissens der ‚bunt gemischten Gelehrten‘ für alle Arten der Führungs- und der wissenschaftlichen Forschungsarbeit nicht anzuerkennen imstande sind.“

In seinem Essay „Lieber führen, statt bremsen“ vom 13. April 1961 machte er der Partei den Vorwurf, sie verhindere durch Ausschluß und Bekämpfung der für eine maßvollere Wirtschaftspolitik eintretenden Kräfte einen reibungslosen Fortgang des sozialistischen Aufbaus in China und bestimme das Land durch „Verrammeln des Weges der Bewegung und Entwicklung der Dinge“ im Sinne einer Teilnahme aller an der wirtschaftspolitischen Kursentscheidung schließlich „zum Untergang“.

In seinem Essay „Die Theorie von der Erhaltung der Arbeitskraft“ führte Teng To am 30. April 1961 klage da über, daß die Partei die Arbeitskraft nicht richtig würdige, und forderte, daß sie „aus den Erfahrungen der Vorfahren neue Erleuchtung gewinnen und auf jede Weise mehr und besser für die Erhaltung der Arbeitskraft sorgen“ müsse.

In seinem Essay „Wie man Freunde gewinnt und Gäste unterhält“ empfahl er, daß man von Ländern, die „mächtiger sind als wir“, lernen und sich mit ihnen vereinigen solle; es sei ein Grund zur Freude, „wenn ein Freund stärker ist als wir“.

In seinem Essay „Von drei bis zehntausend“ prophezeite er: „Wenn ein aufgeblasener Kerl meint, er habe das Einmaleins erlernt und es werde auch weiterhin leicht gehen, und seinen Lehrer hinauswirft, dann wird er überhaupt nie etwas lernen.“

In seinem Essay „Der Fall von Tscheng Djiang und Wang Geng“ vom 22. Juni 1961 beschuldigte Teng To die Regierung der Korruption und ihren Chef der Unfähigkeit: „Es gab an der Spitze keinen intelligenten und fähigen Premierminister mit den nächsten verantwortlichen Beamten, die sich um die Einsetzung des Personals und um die Verwaltung gekümmert hätten, während die niedrigen örtlichen Beamten nach Belieben schalteten und walteten.“

In seinem Essay „Aufstieg und Verfall zweier Tempel“ ließ er wenig später durchblicken, daß die („rechtsoportunistische“) Führungsgruppe der gemäßigten Liberalen beträchtliches Ansehen im Lande genieße und über eine große Anhängerschaft verfüge, wohingegen die Gruppe der linken Radikalen „im Verfall“ begriffen sei und von den „Gläubigen“ des Volkes „völlig vernachlässigt“ werde.

In einem besonders bemerkenswerten Artikel der Rubrikserie „Notizen aus dem Dorf der drei Familien“ vom 10. November 1961 mit der Überschrift „Großes leeres Geschwätz“ griff Teng To die Phrasen und Klischees der ideologischen Propagandamaschinerie an, wobei er die unantastbare Gültigkeit des Satzes, daß der Ostwind Chinas Wohltäter, der Westwind aber Chinas Feind sei, in Zweifel zog und als „pompöse Prahlerei“ bezeichnete, während er der Partei den Rat gab, sie solle „überhaupt weniger reden und, wenn die Zeit für Gespräche gekommen ist, lieber sich ausruhen gehen“ und von der politischen Bühne abtreten.

Kurz darauf erschien in den „Abendgesprächen am Yenshan“ sein Essay „Gebt es auf, und ihr werdet festen Boden unter den Füßen haben“ mit der Forderung, die Partei solle ihre bisherige Generallinie grundlegend überprüfen und aus den Wolken wieder auf die Erde herunterkommen.

Am 25. November 1961 veröffentlichte Liao Mo-scha zwei Beiträge, nämlich „Worin besteht die Größe von Konfuzius?“ und „Witze über die Furcht vor Gespenstern“, deren erster den demokratischen Geist des Konfuzius sowie dessen lautere Gesinnung und wohlwollende Offenheit für Kritik an seinen Theorien zum Vorbild erhob, während der zweite Artikel sich mit „Prahlhänsen“ auseinandersetzte, „die behaupten, keine Angst vor Gespenstern zu haben, und in Wirklichkeit verrückt vor Angst vor ihnen sind“.

Einen Tag später, am 26. November 1961, folgten in der Spalte „Abendgespräche am Yenshan“ von Teng To „Zwei ausländische Fabeln“, die den Angriff auf die Prahlerei mit der Feststellung fortsetzten, daß man „heutzutage immer und überall solche Aufschneider finden“ könne. Der Verfasser fügte hinzu: „Wir dürfen diese Scharlatane nicht ungeschoren davonkommen lassen.“

Kurze Zeit danach verwendete Wu Han in seinem Artikel „Dschao Kuo und Ma Su“

zwei alte Erzählungen über das, was er als „Großsprecherei zur Beeindruckung der Leute“ sowie als „Prahlerlei“ bezeichnete, um die in China üblich gewordene politische Argumentation zu kritisieren und die Partei zu nötigen, „jetzt die Lehren aus den Mißerfolgen zu ziehen“, die „Lehren daraus, wie man sich selbst und anderen schadet und das Land zugrunde richtet“.

Ein weiterer Beitrag Wu Hans „Über die Wellen“ vom 1. Januar 1962 kündigte „eine wirklich große Flutwelle“ an, die „größer und größer“ werde, um schließlich die ganze Gesellschaft mitzureißen und sich der Parteiführung sowie ihrer Diktatur des Proletariats entgegenzuwerfen.

Am 4. Februar 1962 griff Teng To dieses Thema in dem Artikel „Das Frühlingsfest dieses Jahres“ seinerseits auf, um mit dem revisionismusverdächtigen Ausdruck „Taufwetter“ anzudeuten, daß die bestehende Herrschaft über das sozialistische China „bald zu Ende gehen“ und die Diktatur des Proletariats von der Flutwelle des unzufriedenen, empörten Volkes hinweggespült werde.

In dem Essay „Kann man sich auf die Weisheit verlassen?“ vom 22. Februar 1962 suchte Teng To den „Kaiser“ (Mao Tse-tung) zu bewegen, doch „von allen Seiten Rat einzuholen“, damit er vermeide, daß „Schmeichler die Gelegenheit ergreifen werden und ihm Dinge einsagen, die ihm gefallen“. Zugleich warnte er die Partei mit den Worten: „Ihr werdet schließlich schwere Mißerfolge erleiden“, wenn „ihr alle Entscheidungen allein trefft und hofft, mit euren eigenen absurden Ideen Erfolg zu haben“, ohne den „guten Rat“ von „unten“ anzunehmen.

Drei Tage später, am 25. Februar 1962, veröffentlichte Teng To einen Beitrag zum Thema „Der königliche und der tyrannische Weg“, in dem er daran erinnerte, daß „auch in den alten Zeiten der königliche Weg viel besser war als der tyrannische“ und „daß jene, die Tyrannen sein wollten, sich überall Feinde schafften und sehr unbeliebt wurden“. Um ein Mißverständnis im Sinne historischer Reminiszenz auszuschließen, fügte er erläuternd hinzu: „Unter dem tyrannischen Weg verstehen wir den arroganten, subjektivistischen und willkürlichen Denk- und Arbeitsstil einer eigenwilligen Handlungsweise.“

Der am 29. März 1962 erschienene Essay Teng Tos „Zur Verteidigung von Li San-tsai“ bezog sich auf dessen Amtsenthebung vor 400 Jahren, die trotz des Nachweises, daß er nur deshalb gegen den Kaiser opponierte, um „für das Volk zu bitten“, und trotz zahlreicher

Rehabilitierungsgesuche an den Hof nicht rückgängig gemacht wurde, weil „der Hof des Kaisers Wan Li keine gründliche Untersuchung durchzuführen wagte“, aus Angst, die Rechtschaffenheit des Gedemütigten und damit noch einiges andere käme an den Tag. Diese Nacherzählung wertete man als ein Votum zugunsten der seit 1959 amtsent hobenen kritischen Realisten innerhalb der Partei; bekanntlich war Marschall Peng Teh-huai einer der prominentesten Vertreter dieser Personen-gruppe.

Der im Vergleich dazu ziemlich unverhohlene Artikel „Sonderbehandlung für ‚Gedächtnisverlust‘“ vom 25. Juli 1962 bedauerte mit beißender Ironie, daß einige Parteimitglieder in verantwortlichen Stellungen an Gedächtnis-schwund litten, schnell vergäßen, was sie gesehen und gesagt hätten, ihre eigenen Worte zurücknahmen, ihre Versprechen nicht einhielten und überhaupt sehr launenhaft geworden seien. Zum Zwecke ihrer Heilung empfahl er, man solle diesen „Patienten mit einem speziellen Stock auf den Kopf schlagen, um eine Schockwirkung hervorzurufen“.

Aus diesen Mosaiksteinen kritischer Einwände gegen die offizielle chinesische Innen- und Außenpolitik der Jahre 1959 (Lushan-Konferenz im August 1959) bis 1964 (Ende der „Notizen aus dem Dorf der drei Familien“ im Juli 1964) läßt sich unschwer ein Bild von den damaligen Verhältnissen des Landes zusammensetzen, an dem nach Auffassung derjenigen, denen seine verwegenen Parabeln — „nur ein Bruchteil des relevanten Materials“ — galten, eindeutig zu erkennen war, „daß all die unter dem Mantel der Verbreitung von ‚Weisheit‘ und ‚Wissen‘ gebrachte Propaganda ein einziges Ziel hatte: Kampf gegen die Ideen Mao Tse-tungs“. Wie die Zeitschrift des ZK der Kommunistischen Partei Chinas, „Hung-ch'i“ (Peking), in ihrem Leitartikel Anfang Juli 1966 zu dieser Zielsetzung eines wohl kaum „kleinen Häufleins böswilliger Leute“²⁹⁾ unmißverständlich bemerkte, sei es offensichtlich eine ausgemachte Sache, daß die inzwischen erkannte Widerstandsgruppe durch „Usurpierung der Ideologie und Beeinflussung der öffentlichen Meinung“ den Sturz der Diktatur des Proletariats vorbereite, um „bei günstiger Gelegenheit“ „auf die eine oder andere Weise einen Putsch durchführen“ zu können und „sich der politischen Gewalt zu bemäch-

²⁹⁾ Vgl. Es lebe die große proletarische Kulturrevolution, Leitartikel in: Hung-ch'i (Peking), Nr. 8 (Juli) 1966, S. 4—11; hier S. 11; deutsch in: PR (Peking), III, 25 (1966), S. 7—13 und 16; hier S. 16.

tigen" 27). Deshalb bestehe „der Zweck der proletarischen Kulturrevolution“ darin, „die Frage ‚Wer wird wen besiegen?‘ im ideologischen Gebiet zwischen Proletariat und Bour-

geoisie zu entscheiden. Das ist eine langwierige und schwierige historische Aufgabe“ und keineswegs eine „triviale“, „auf dem Papier“ stattfindende „Debatte von Literaten“ 28).

Der geistige Widerstand im Bereich der Wissenschaft

Auch der Parteiphilosoph Jang Hsien-tschien, der Wirtschaftswissenschaftler Sun Jeh-fang, der Literaturwissenschaftler Schao Tschuan-lin und der Historiker Tschien Po-tsan waren in symptomatischem Sinne wichtige Figuren in diesem Spiel um Bestand oder Wandel des ideologischen Überbaus der von Mao Tse-tung geprägten gesellschaftspolitischen Vorstellungen sowie um den zu ihrer Beseitigung erforderlichen Einfluß auf die öffentliche Meinung. Die Namen dieser prominenten Wissenschaftler standen synonym für eine ganze Reihe von aufsehenerregenden Disputen, die vornehmlich in den Jahren 1964 und 1965 stattfanden. Es handelte sich 1. in der chinesischen marxistischen Philosophie um die Interpretation der Dialektik von Einheit und Kampf der Gegensätze; 2. in der Wirtschaftswissenschaft um die chinesische Liberman-Diskussion über die Änderung der sozialistischen Produktionsverhältnisse im Sinne einer marktwirtschaftlich orientierten Lohn-, Preis- und Investitionspolitik; 3. in der chinesischen Literaturwissenschaft um die Forderung nach „wahrheitsgetreuem Schrifttum“ im Sinne der Darstellung „mittelmäßiger Charaktere“, also des Durchschnittsmenschen ohne revolutionäre Ambitionen, um den Widerstand gegen den „Geruch von Schießpulver“ im Sinne einer „Philosophie des Überlebens“ angesichts der existenziellen Bedrohungen des Atomzeitalters sowie um die Kritik an der „Loslösung von den Klassikern“ und an der „Rebellion gegen das

Althergebrachte“; 4. in der chinesischen Geschichtswissenschaft um den Anspruch der sogenannten „bürgerlichen Royalisten“ auf eine, ungeachtet des Klassenkampfprinzips und der Volksmassentheorie, erfolgende objektive Würdigung der historischen Fakten und Protokollaussagen im Sinne einer kritischen Anerkennung der geschichtlichen Leistungen von Kaisern, Königen, Generälen und Kanzlern.

Angesichts dieser immer mehr um sich greifenden, augenscheinlich auf eine grundlegende Revision der offiziellen Parteilinie drängenden gesellschaftspolitischen Entwicklung gab ein Artikel von Jao Wen-jüan in der Shanghai-Zeitung „Wen Hui-pao“ vom 10. November 1965 „Über ein neues historisches Drama ‚Hai Jui wird seines Amtes enthoben‘“, der den Angriff auf Wu Han eröffnete, das entscheidende Signal zu einer planmäßig vorbereiteten Gegenoffensive der auf seiten Mao Tse-tung stehenden regierenden Parteigruppe. „Damit ging der Vorhang über der sich nun entfaltenden großen Kulturrevolution hoch.“ 29) Im Mai 1966 folgte die „Entlarvung“ der „parteifeindlichen“ und „antisozialistischen Clique“ des sogenannten Dreifamiliendorfes (außer Wu Han der Autor der „Abendgespräche am Yen-shan“, Teng To, und Liao Mo-scha) und am 3. Juni 1966 die Absetzung des Parteikomitees der Stadt Peking (Vorsitzender Peng Tschien) mit der Beschuldigung, daß es die eigentliche Wurzel des konterrevolutionären Dreifamiliendorfes gebildet habe.

Die Zerstörung des Faszinationsvermögens der Sowjetunion als Hauptziel der chinesischen Kulturrevolution

Es ist hier nicht erforderlich, die einzelnen Phasen dieser Gegenoffensive zu beschreiben, welche mit Revolution im eigentlichen Sinne und Verständnis dieses Ausdrucks kaum etwas zu tun gehabt hat (als revolutionär wäre viel eher das reaktive Verhalten der von den Roten Garden dieser Revolution bedrohten Parteikader sowie der Bauern und Arbeiter des Volkes zu bezeichnen). Diese Phasen sind in den vom Pekingerverlag für fremdsprachige Literatur in Deutsch herausge-

gebenen drei Artikel- und Aufsatz-Sammlungen mit dem Titel „Die große sozialistische Kulturrevolution in China“ (Peking 1966) ausführlich dokumentiert worden 30). Mit Rücksicht auf den

27) Ebenda, chinesisch S. 6; deutsch S. 9.

28) China inmitten der Flut der großen proletarischen Kulturrevolution (Darstellung der Nachrichtenagentur Hsinhua vom 11. Juni 1966), in: PR (Peking), III, 25 (1966), S. 17–20; hier S. 17.

29) Vgl. Die große sozialistische Kulturrevolution in China (Verlag für fremdsprachige Literatur), Heft 1, Peking 1966 (146 S.); Heft 2, Peking 1966 (129 S.); Heft 3, Peking 1966 (60 S.).

30) Ebenda, chinesisch S. 5; deutsch S. 9.

vorliegenden Zusammenhang hat als wesentlich nur die in dieser Dokumentation behandelte Frage nach den Motiven und Zielen der die Bezeichnung „Kulturrevolution“ tragenden Ereignisse und Vorgänge zu gelten.

Was diese Frage betrifft, so bringen die vorgenannten Quellen zur chinesischen Kulturrevolution übereinstimmend die Ansicht zum Ausdruck, daß vor allem der moderne Revisionismus (die Sowjetunion) den Versuch unternommen habe, über Gesinnungsfreunde innerhalb der Kommunistischen Partei Chinas „die politische Macht des Proletariats“ — man lese: der Parteigruppe um Mao Tse-tung — „sowohl durch Waffengewalt als auch durch kulturelle Infiltration und ideologische Vergiftung zu stürzen“. Wie der Hsinhua-Bericht vom 11. Juni 1966 hierzu erläuternd bemerkte, „beginnt jede konterrevolutionäre Restauration im Bereich der Ideologie, um die öffentliche Meinung umzubilden. Dies geschah, als die Chruschtschowsche Revisionistengruppe in der Sowjetunion die Führung der Partei und des Staates an sich riß, und auch im Jahre 1956 zur Zeit der konterrevolutionären Unruhen in Ungarn. Der bedeutende Sieg in unserer großen Kulturrevolution besteht ebenfalls darin, daß die Krallen des Imperialismus abgehackt, der Revisionismus entwurzelt und die Restauration des Kapitalismus verhindert wurden.“

Aus diesen und anderen ähnlichen Hinweisen ging deutlich genug hervor, daß die der Auffassung Mao Tse-tungs den Vorzug gebende chinesische Parteiführung offensichtlich nichts mehr fürchtete und objektiv auch nichts mehr zu fürchten hatte als einen Durchbruch des sowjetischen und ostmitteleuropäischen Reformstrebens, das auf der Grundlage reifer Industriegesellschaften und eines aufgeklärten Marxismus erfolgt war, im eigenen Land. Die in völlig abwegiger Übertreibung der „Todsünde“ des Kapitalismus angeklagten Rebellen innerhalb der Kommunistischen Partei Chinas hatten diese hoffnungsvolle Entwicklung, von

der einige sozialistische Brudervölker, besonders aber die den Dimensionen ihres eigenen Landes noch am ehesten vergleichbare Sowjetunion sich einen größeren Erfolg versprachen als von der verantwortungslosen Heuchelei des Persönlichkeitskults, schon seit geraumer Zeit mit sachverständigem Wohlwollen und wachsender Bereitschaft zu modifizierter Nachahmung beobachtet und das in ihren Kräften Stehende getan, um die öffentliche Meinung Chinas ebenfalls auf einen solchen Schritt vorzubereiten. Die das „Amateurwissen“ Mao Tse-tungs in provozierender Weise relativierenden, um nicht zu sagen widerlegenden „Professionalisten“ und zu Unrecht als „bürgerlich“ bezeichneten „Autoritäten“ — das waren ja eben jene wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, technischen und militärischen Fachleute und Experten, die den Erfahrungen und Leistungen der Sowjetunion hohen Rang sowie einen auch auf chinesische Verhältnisse übertragbaren Geltungsanspruch zuerkannten. Mao Tse-tungs erster Versuch im Jahre 1958, diese von ihm als Rivalität betrachtete positive Ausstrahlung der Sowjetunion durch einen „Großen Sprung nach vorn“ unwirksam zu machen, hatte deren Faszinationskraft nicht nur keineswegs gebrochen, sondern — im Gegenteil — nachhaltig verstärkt, wie die Zunahme der Kritik an seinen Maßnahmen und die Entstehung eines der Wirklichkeit zugewandten, damit aber zwangsläufig moskautreue Problembeußtseins auf allen Gebieten innerhalb der Kommunistischen Partei Chinas ab 1959 (Lushan-Konferenz) unzweifelhaft bewies. Wahrscheinlich stellte dieser Zusammenhang die entscheidende Ursache dafür dar, daß die chinesische Kulturrevolution in erster Linie einen unverkennbar sowjetfeindlichen Akzent erhielt. Jedenfalls spielte die Gefahr des Imperialismus im Vergleich zu den durch die Faszinationskraft der Sowjetunion bedingten innenpolitischen Motivationsbegründungen eine höchst untergeordnete Rolle.